





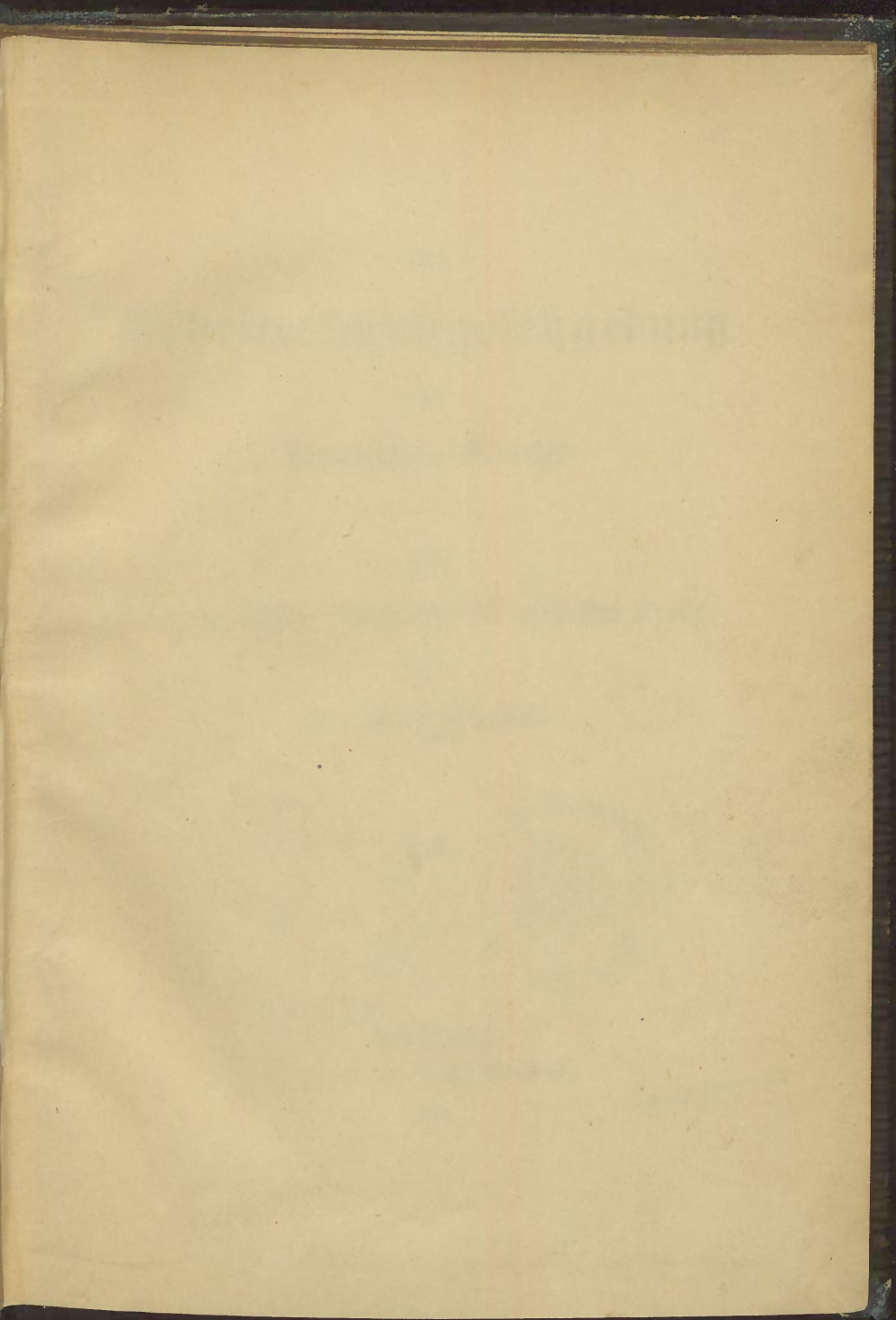


EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

BIBLIOTHEK

Nr. I 19359











Die  
**Arbeiterschutzgesetzgebung**  
im  
**Deutschen Reiche**

Eine  
Sozialpolitische Studie für die weitesten Kreise  
von  
**Dr. Max Dürck**



**Stuttgart**

Verlag von J. F. M. Dieck

1886

*5717*







### Vorbemerkung.

Es verlautete im Laufe dieses Jahres aus guten Quellen, daß die nächste Session des deutschen Reichstages, der vermuthlich in einem der letzten Monate dieses Jahres zusammentritt, in ganz hervorragendem Maße bestimmt sei, eine sozialpolitische zu werden. Zuerst wurde verkündet, das große Problem der „Altersversorgung“ solle von der Regierung vor die Volksvertreter gebracht werden. Jetzt scheinen allerlei Hindernisse dazwischen gekommen zu sein, und der Reichstag wird sich demnach, und zwar namentlich auf die Initiative der sozialdemokratischen Partei hin, die ihren Arbeiterschutzesgesetzentwurf wieder einbringen will, nur mit der Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung im Deutschen Reiche zu beschäftigen haben. Aber schon dies genügt, um seine nächste Session zu einer hochwichtigen sozialpolitischen zu gestalten. Denn wir wüßten im Augenblicke keine dem Deutschen Reiche gestellte sozialpolitische Aufgabe, an deren schneller Lösung der Regierung wie den Parteien gleichmäßig mehr liegen müßte, als an der für das deutsche arbeitende Volk dringend nöthigen Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes vor den sich immer stärker bemerklich machenden, geradezu verheerenden Wirkungen des Industrialismus auf das Volksleben. Hier liegt eine Nationalgefahr im

Innern vor. Den weitesten Kreisen, die ja in dieser nationalen Sache mitzurathen und mitzustimmen, mindestens mitzuurtheilen haben werden, soll die nachfolgende Studie die Uebersicht und die Kritik des schon sehr reichhaltigen und deshalb nach seinem Werth gesichteten Stoffes erleichtern und somit zur Förderung der großen Volksache beitragen.

Rudolstadt in Thüringen, September 1885.

---



1.

**Der jetzige Stand der Arbeiterschutzesgesetzgebung.**

Die Arbeiterschutzesgesetzgebung, soweit sie gegenwärtig im Deutschen Reiche besteht, ist in der Gewerbeordnung enthalten. Aus dieser sollen also hier zunächst die wichtigsten Bestimmungen, und zwar die sozial wichtigsten, übersichtlich zusammengestellt werden.

Titel VII der unterm 1. Juli 1883 in letzter Redaktion bekannt gemachten Gewerbeordnung für das Deutsche Reich betrifft speziell „Gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter)“. Gleich an der Spitze steht die Bestimmung über Sonntagsarbeit in ihrer wohl zu beachtenden Fassung: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Eine Ausnahme machen Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen die Landesregierungen.“ Aus letzterem folgt, daß die Arbeiter der protestantischen Länder Norddeutschlands nur etwa zehn Festtage, die des katholischen Bayerns dagegen eine weit größere Anzahl solcher haben. — Die Gewerbetreibenden sind weiter verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter baar in Reichswährung auszusahlen. Sie dürfen denselben keine Waaren borgen. Die Verabfolgung von Lebensmitteln, sofern sie zu einem die Anschaffungskosten nicht übersteigenden Preise erfolgt, fällt dagegen unter diese Bestimmung nicht; auch können den Arbeitern Wohnung,



Feuerung, Landnutzung, regelmäßige Beföstigung, Arzneien und ärztliche Hülfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgt werden. Verträge, die dieser Bestimmung entgegenlaufen, sind nichtig, ebenso Verabredungen zwischen Unternehmer und Arbeiter über die Entnahme der Bedürfnisse der Letzteren aus gewissen Verkaufsstellen. — Gesellen und Gehülfen sind zu häuslichen Arbeiten bei den Unternehmern nicht verbunden. — Bei der Beschäftigung von Arbeitern unter achtzehn Jahren sind die Unternehmer verpflichtet, die durch das Alter derselben gebotene besondere Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen. — Kinder unter zwölf Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren darf die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten. Schulpflichtige Kinder müssen außer der Arbeit einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen. — Junge Leute zwischen vierzehn und sechzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. — Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht zur Arbeit zugelassen werden. — An Sonn- und Festtagen dürfen jugendliche Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden. — Wenn jedoch Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, so können Ausnahmen von diesen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter und der Wöchnerinnen erlassenen Bestimmungen auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler nachgelassen werden. In dringenden Fällen solcher Art, sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann auch die Ortspolizeibehörde, jedoch höchstens auf die Dauer von vierzehn Tagen, solche Ausnahmen



gestatten. — Durch Beschluß des Bundesraths kann die Verwendung von jugendlichen Arbeitern, sowie von Arbeiterinnen für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich untersagt oder von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Insbesondere kann für gewisse Fabrikationszweige die Nachtarbeit der Arbeiterinnen untersagt werden. — Andererseits können wiederum durch Beschluß des Bundesraths für Spinnereien, für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit angewiesen sind, sowie für solche Fabriken, deren Betrieb eine Eintheilung in regelmäßige Arbeitschichten von gleicher Dauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, Ausnahmen von den für die jugendlichen Arbeiter und Wöchnerinnen vorgesehenen Beschränkungen nachgelassen werden. Jedoch darf in solchen Fällen die Arbeitszeit für Kinder die Dauer von sechsunddreißig Stunden und für junge Leute von sechzig, in Spinnereien von sechsundsechzig Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Die Aufsicht über die Ausführung dieser Bestimmungen ist ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten übertragen (Fabrikinspektoren). Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision der Fabriken zu. Die erwähnten Beamten haben Jahresberichte über ihre amtliche Thätigkeit zu erstatten. Diese Jahresberichte oder Auszüge aus denselben sind dem Bundesrathe und dem Reichstage vorzulegen. Die Regelung des Dienstes der Fabrikinspektoren ist durch „Nor-



men" geschehen, die der Bundesrath erlassen hat und die von allen Bundesstaaten in ihren Gesetzsammlungen veröffentlicht worden sind. Nach ihnen soll der Aufsichtsbeamte in dem ihm zugewiesenen Wirkungskreise nicht an die Stelle der ordentlichen Polizeibehörden treten, vielmehr durch Ergänzung ihrer Thätigkeit, sowie durch fachverständige Berathung der zuständigen höheren Verwaltungsbehörden eine sachgemäße und gleichmäßige Ausführung der Vorschriften der Gewerbeordnung herbeizuführen bemüht sein. Dabei soll er seine Aufgabe vornehmlich darin suchen, durch eine wohlwollend kontrollirende, berathende und vermittelnde Thätigkeit nicht nur den Arbeitern die Wohlthaten des Gesetzes zu sichern, sondern auch die Unternehmer in der Erfüllung der Anforderungen, welche das Gesetz an die Einrichtung und den Betrieb ihrer Anlagen stellt, taktvoll zu unterstützen; zwischen den Interessen der Gewerbeunternehmer einerseits, der Arbeiter und des Publikums andererseits soll er auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in billiger Weise zu vermitteln und sowohl den Unternehmern als den Arbeitern gegenüber eine Vertrauensstellung zu gewinnen suchen, welche ihn in den Stand setzt, zur Erhaltung und Umbahnung guter Beziehungen zwischen beiden mitzuwirken. Der Aufsichtsbeamte hat also einerseits auf die Abstellung der bei seinen Revisionen vorgefundenen Uebelstände hinzuwirken, andererseits aber auch dabei sich ein Urtheil zu bilden, ob und welche Vorschriften oder Einrichtungen erforderlich sind, um die Aufsicht der ordentlichen Polizeibehörden zu einer ersprießlichen zu machen, sowie ob und welche auf Grund der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung zu erlassende Vorschriften im Interesse der Industrie einerseits, der Arbeiter andererseits wünschenswerth erscheinen, oder inwiefern eine Abänderung bereits



bestehender derartiger Vorschriften sich empfiehlt. — Wenn dem Aufsichtsbeamten auch nach der Gewerbeordnung die amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zustehen, so soll er doch von dem Rechte der Strafandrohung oder dem Rechte zum Erlasse polizeilicher, eventuell im Wege administrativen Zwanges durchzuführender Verfügungen keinen Gebrauch machen. Die Abstellung einzelner Gesetzwidrigkeiten und Uebelstände soll er zunächst durch gütliche Vorstellungen und geeignete Rathschläge herbeizuführen bemüht sein. Um Herbeiführung des weiteren Verfahrens muß er die Ortspolizeibehörden ersuchen. Seinen Jahresbericht muß er bis zum 1. März jedes Jahres zuvörderst bei dem Ministerium seines Bundesstaates einreichen; dieses läßt ihn dann behufs Vorlage beim Bundesrathe und Reichstage an den Reichskanzler gelangen.

2.

**Inwiefern erscheint eine Weiterbildung dieser Arbeiter-  
Schutzgesetzgebung geboten?**

Für das Deutsche Reich, das demnächst den zweiten Rang unter den Industrieländern Europa's einnimmt, muß die gegenwärtig bestehende Arbeiterschutzesetzgebung dem ersten Blicke als dürftig erscheinen. Wir haben ihre hauptsächlichsten Bestimmungen vollständig und fast dem Wortlaute nach in wenigen Zeilen wiedergeben können. Abgesehen von dieser geringen äußerlichen Ausdehnung, ergeben sich aber die wesentlichsten Lücken derselben, wenn man sie an die industriellen Zustände hält, wie sie die moderne kapitalistische Produktionsweise mit ihrem schnellen Umsichgreifen der Großindustrie unvermeidlich auch bei uns geschaffen hat. Es ist selbstverständlich, daß diese Lücken sowohl als die Zustände, welche



die Ausführung derselben gebieterisch verlangen, im Rahmen dieser Arbeit nur angedeutet werden können, und daß ausdrücklich oder stillschweigend immer Bezug auf die amtlichen Darstellungen unserer industriellen Zustände, namentlich auf die Berichte der Fabrikinspektoren und die Erhebungen über die Lohnsätze der deutschen Arbeiter bei Gelegenheit der Einführung des Krankenkassengesetzes Bezug genommen werden muß.

Wir beginnen in der Reihenfolge des Gesetzes und unserer eigenen Darstellung mit der Bestimmung über die gewerbliche Sonntagsruhe. „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten“, so lautet der betreffende Passus des Gesetzes. In einem längeren polemischen Artikel einer ihrer diesjährigen Septemhernummern hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, nachdem sie sich gegen die Bestrebungen für eine größere gesetzliche Garantie der gewerblichen Sonntagsruhe erklärt, mit Bezug auf jenen Passus gemeint: „Die Sonntagsruhe ist also dem Arbeiter bereits gesetzlich so weit garantirt, wie er sie selbst haben will, und bisher hat man nicht gehört, daß irgend Jemand hierin etwas ändern wolle.“ Mit diesem landläufigen und deshalb hier zu erwähnenden Raisonnement hat aber das offiziöse Blatt vollständig von der gegenwärtigen wirthschaftlichen Wirklichkeit abstrahirt. Es setzt voraus, daß der Arbeiter die Sonntagsruhe haben könne, so „wie er sie selbst haben will“, und daß ein wirthschaftlicher Zwang auf diesen Willen des Arbeiters von Seiten des Unternehmers nicht ausgeübt werde oder werden könne. Diese Abstraktion steht jedoch mit der lebendigen Wirklichkeit in völligem Widerspruche. Eine förmliche Verpflichtung zur Sonntagsruhe mag in den seltensten Fällen vorkommen und fiel dann allerdings unter das Gesetz. Nein — der Unternehmer, der unter der Geißel der wahnwitzigen



freien Konkurrenz steht und sich im Wettlaufe mit seinen Konkurrenten abhasten muß, um, wenn das „Geschäft wirklich einmal geht“, in möglichst kurzer Zeit eine möglichst große und daher billigere Menge von Produkten auf den Markt zu bringen, der Unternehmer erklärt einfach am Sonnabend durch seinen Fabrikdirektor oder Werkführer: „Das Geschäft zwingt mich, auch den morgigen Sonntag hindurch arbeiten zu lassen.“ Weiter braucht er nichts verkünden zu lassen. Seine Arbeiter wissen nun, daß sie auch am Sonntag arbeiten müssen. Formell kann freilich von einer „Verpflichtung“ keine Rede sein: sie brauchen sich ja nicht mit der Sonntagsarbeit einverstanden zu erklären und könnten einfach Sonntags in der Fabrik nicht erscheinen. Sie wissen aber recht wohl, daß dann der Unternehmer mit Leichtigkeit sich die Zahl der Hände, die er benötigt, aus der Masse der Arbeitslosen, der industriellen Reservearmee, nicht bloß für den Sonntag, sondern so lange er wollte, verschaffen könnte und müßte — sie willigen also scheinbar aus freiem Antriebe in die Sonntagsarbeit, um nicht aus dem Brote zu kommen. Diese freie Uebereinkunft ist und bleibt aber eben nur etwas Scheinbares, ebenso wie die von Niemand mehr im Ernst behauptete „freie Uebereinkunft“ bezüglich des Lohnes, die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit: die Arbeiter stehen unter einem fürchterlichen wirthschaftlichen Zwange, der als Elementargewalt mächtiger ist, wie der gute Wille des Unternehmers und ihre eigenen Wünsche. So und nicht anders schaut die lebendige Wirklichkeit aus, und es ist nun ohne weiteres klar, daß solcher Sachlage gegenüber die gewerbliche Bestimmung, die Arbeiter könnten zur Sonntagsarbeit nicht verpflichtet werden, wohl abstrahirten Verhältnissen, in denen es die Arbeiter nicht nöthig haben, scheinbar freiwillig die Sonntagsarbeit auf sich zu nehmen, entspricht, ihnen aber unter



der Herrschaft der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise nicht eine einzige freie Minute am Sonntag sichern kann, also nur auf dem Papiere steht. Es ist aber das Schlimmste für ein Gesetz und seine Autorität, wenn man ihm das Letztere nachsagen muß. Der Weg zur erfolgreichen Weiterbildung ist ja in derselben Gewerbeordnung bereits gezeigt; es heiße, wie für die jugendlichen Arbeiter im § 136, natürlich mit den durch die gewerblichen Verhältnisse gebotenen und auch jetzt schon vorgesehenen Ausnahmen: „An Sonn- und Festtagen dürfen Arbeiter nicht beschäftigt werden“ — und alle Unsicherheit ist gehoben. Vorausgesetzt ist, daß man den Arbeitern überhaupt die gesetzliche Sonntagsruhe ganz und voll gönnen zu müssen glaubt — darüber weiter unten mehr. Jedenfalls bedeutet die gegenwärtig in der Gewerbeordnung befindliche Bestimmung, die Sonntagsarbeit betreffend, wenig oder gar nichts.

Wir kommen zu dem Verbote des Trunks durch die Gewerbeordnung. Die Löhne müssen baar ausgezahlt werden; aber, um nur das Wichtigste herauszuheben, die Verabsolugung von Lebensmitteln zum Anschaffungspreise, sowie von Werkzeugen und Stoffen zu den den Arbeitern übertragenen Arbeiten ist nachgelassen. In diesen Bestimmungen wird eine Lücke bereits durch die Art und Weise ersichtlich, wie wir sie neben einander gestellt haben. Es fehlt bei den Werkzeugen und Stoffen das bei den Lebensmitteln angebrachte Verbot der Ueberlassung zu einem höheren als dem Selbstkostenpreise. Die Bielefelder Unruhen im Frühjahr dieses Jahres haben mit mehr elementarer Gewalt, als es im Interesse der Gesamtheit wünschenswerth gewesen wäre, auf diese Lücke hingewiesen: sie hatten sich zunächst an eine Arbeitseinstellung geknüpft, die aus der Entrüstung über die hohen Prozente entsprungen war, welche der Unternehmer



noch an den den Arbeitern nicht bloß überlassenen, sondern aufgezwungenen Werkzeugen nahm; leider wurde diese gerechte Beschwerde von den hochbedauerlichen Ausschreitungen und dem militärischen Lärm der Repressalien, zu denen sich die Angelegenheit steigerte, übertönt. Jeder, der die deutschen Strikes aufmerksam verfolgt, der die deutschen Arbeiterblätter unparteiisch mustert, wird in ihnen auf die immer wiederkehrenden Klagen der Arbeiter über den Extranutzen stoßen, den sich die Unternehmer oder deren kleine Nachahmer, die Werksführer, an den Werkzeugen und Stoffen machen, die von den Arbeitern in der Fabrik genommen werden müssen. Hier thut also eine Ergänzung noth.

Die nächsten wichtigen Bestimmungen unserer Arbeiterschutzgesetzgebung betreffen die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in Fabriken. Sie haben dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß unsere kapitalistische Produktion nicht die Volksgesundheit und die Volksmoral, sondern den Unternehmerprofit als ihre höchste Rücksicht kennt. Das moderne Wirthschaftssystem im Innern, das im Spiele der schrankenlosen Konkurrenz den großen Fabrikbetrieb über den handwerksmäßigen, und den maschinell besser ausgerüsteten Fabrikbetrieb über den schwächeren siegen läßt, führt konsequent, wenn nicht in seine bedrohliche Entwicklung eingegriffen wird, zur immer umfassenderen Einreihung der billigsten Arbeiter an die leicht kontrollirbaren Maschinen: denn nur mit billiger Produktion kann der Konkurrent noch auf dem Markte geschlagen werden. Das bedeutet aber nichts Anderes, als die überhandnehmende Beschäftigung von Frauen, jugendlichen Arbeitern und Kindern in Fabriken, mit der die Brotlosigkeit des Mannes Hand in Hand geht, also eine Umkehrung des Familienbegriffes: Frau und Kind in der Fabrik, der Mann zu Hause. Man wende nicht ein, daß Deutschland davon noch weit ent-



fernt sei: wir selbst haben an anderer Stelle aus den Berichten der Fabrikinspektoren, speziell aus denjenigen des Chemnitzer im deutschen Industriezentrum, den genau entsprechenden Zustand festgestellt\*). Und noch immer ist Frauen- und Kinderarbeit überall im Zunehmen begriffen, wie die Aufsichtsbeamten neuestens wieder einmüthig bezeugen. Daraus erhellt, daß die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter bestehenden gewerblichen Bestimmungen durchaus unzureichend sind. „Wöchnerinnen dürfen während drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden“, und „durch Beschluß des Bundesrathes kann die Verwendung von jugendlichen Arbeitern, sowie von Arbeiterinnen für gewisse Fabrikationszweige, welche mit besonderen Gefahren für die Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich untersagt oder von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden. Insbesondere kann für gewisse Fabrikationszweige die Nachtarbeit der Arbeiterinnen untersagt werden“ — so lauten die einzigen Bestimmungen der gegenwärtigen Arbeiterschutzgesetzgebung, die das stetig wachsende Heer der weiblichen Arbeiter nur vor den größten gesundheitlichen und sittlichen Schäden behüten sollen, aber nach dem Zeugniß mehrerer Fabrikinspektoren (z. B. des Leipziger) noch nicht einmal diese beschränkte Wirkung erzielen und sich nicht gegen das Hauptübel, die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit überhaupt, richten. — Bei unseren Betrachtungen über die Beschränkungen der Kinderarbeit wollen wir die Hausindustrie ganz aus dem Spiele lassen. Die Hausindustrie vermag sich überhaupt, eine überlebte Betriebsform, wie sie ist, nur noch durch die weitgehendste

---

\*) Vergl. „Neue Zeit“ (Stuttgart), 1884, Seite 203 ff. („Aus den Berichten der deutschen Fabrikinspektoren für das Jahr 1882“.)



Anspannung sämtlicher Arbeitskräfte in der Familie und die daraus folgende beispiellose Billigkeit ihrer Produkte zu fristen; die Thatsache, daß dort die Kinder zartesten Alters bereits unter dem Joch langer täglicher Arbeit seufzen müssen, ist nicht allein von sozialen Einzelforschern, wie Sag und Schnapper-Mrindt in ihren hausindustriellen Monographien, sondern auch von Fabrikinspektoren (z. B. dem für Nassau) festgestellt worden, deren Aufsicht die Hausindustrie eigentlich gar nicht unterliegt, die sich aber durch die schrecklichen Zustände in derselben veranlaßt sahen, in ihren Berichten ihrer zu gedenken. Hier soll nur von der Beschäftigung der Kinder und jugendlichen Arbeiter in den Fabriken die Rede sein. Kinder von 12—14 Jahren stehen in der Zeit der schönsten Entwicklung, deren Beeinträchtigung für das ganze Leben verhängnißvoll wirken muß. Sie sind die Zukunft des Volkes, sein aufwachsender Nähr- und Wehrstand, der vor jeglichem Schaden sorgfältig behütet werden soll. Und sie dürfen sechs volle Stunden täglich in der Fabrik, in deren so oft ungesunden Räumen, in erwachsener, für sie verderblicher Gesellschaft beschäftigt werden; sie haben nur drei Unterrichtsstunden täglich gesichert; ja sie dürfen in Ausnahmefällen noch weit über dieses Maß hinaus, tagelang, bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte angespannt werden, wenn nur 36 Stunden wöchentlich nicht überschritten werden — als wenn nicht genug starke, arbeitslose Männer auf der Straße lägen, die in solchen Nothfällen wenigstens Beschäftigung finden könnten! Dasselbe gilt für die jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren, die bis zu 10 Stunden täglich, in Ausnahmefällen auch täglich noch weit länger, nur wöchentlich nicht über 66 Stunden (!) arbeiten dürfen. So oft wir an diese Frage herantreten, ersteht vor unsern Augen das Bild jenes französischen Arbeiters, dessen Vertheidigung



vor Gericht, an dessen Schranken ihn ein Vergehen geführt, wir vor einiger Zeit lasen, ohne sie wieder vergessen zu können, so einfach und ehrlich spricht sie für seinen ganzen Stand. Der arme Teufel war, da in Frankreich noch weniger Schutzvorschriften existiren, seit seiner frühesten Kindheit von seiner Mutter in die Fabrik geschickt worden, um kärglichen Unterhalt für Beide mitverdienen zu helfen. An einen Schulbesuch sei dabei natürlich nicht zu denken gewesen. Er habe ganz Anderes gelernt: er habe stündlich mit zuhören müssen, wie sich mitarbeitende Schicksalsgenossen von den Beckerbissen erzählt, die sie sich auf dem Nachhausewege von den Auslagen der Händler wegstibzt; er sei von ihnen ausgelacht worden, weil er noch keine solche Heldenthat vollbracht; dann sei er endlich auf dieselben Wege gerathen. Mit Männern bei derselben Arbeit beschäftigt, habe er die rohesten, unsittlichsten Späße angehört, und zuerst, scheu und grauenvoll, den Unflath gar nicht begriffen; aber zu leicht und schnell sei das Gift auch in ihn gedrungen, wo thätliches Beispiel der Genossen die Worte ergänzt habe. Ihn auf bessere Wege zu lenken, habe seine Mutter garnicht Zeit und Kraft gehabt: wenn sie sich nach langem Arbeitstage beim frugalen Abendbrote getroffen, sei seiner Mutter vor Ermüdung und Abspannung der schmale Bissen aus der Hand gefallen und er sei froh gewesen, wenn er sich den mütterlichen Augen, die sich bald zu schwerem Schlaf geschlossen, habe entziehen können. So sei er auf Abwege gerathen; aber seine Lebensstellung habe ihn auf dieselben geführt. — Man betrachte die einfache Geschichte nicht als ein hervorgesuchtes Nährstückchen: unsere Statistik ist leider noch nicht so weit, daß man mit ihren exakten Zahlen den Einfluß des nicht genügend in vernünftige Schranken gewiesenen Industrialismus auf unsere Jugend vollständig nachweisen könnte. Deshalb muß der aufmerksame



Sozialpolitischer typische Episoden aus dem vollen modernen Menschenleben herauszufinden und mit ihnen die Lücke auszufüllen wissen, welche die beschreibende Sozialwissenschaft an dieser Stelle noch hat. Jeder, der die Rohheit und Immoralität der heranwachsenden Jugend gerade der breitesten Schichten unseres Volkes aufrichtig beklagt, wird auch zugestehen müssen, daß der Fall des französischen Arbeiters ein typischer, ein solcher ist, der sich täglich, stündlich in unserem Volke wiederholt, und der berechtigt für die Beschränkung der Beschäftigung der Kinder und jugendlichen Arbeiter bis auf die äußerste überhaupt mögliche Grenze, wenn nicht für das gänzliche Verbot der Kinderarbeit spricht. Auf die Festsetzung dieser Grenzen und die Thunlichkeit dieses Verbotes werden wir im letzten Abschnitte unserer Darstellung näher einzugehen haben.

Zwischen die bisher nach der Gewerbeordnung erörterten Arbeiterschutzmaßregeln und die Besprechung der im Fabrikinspektorate verkörperten Ausführungsbestimmungen derselben haben wir hier eine hochwichtige Betrachtung einzuschließen: die über den Maximalarbeitstag (nicht Normalarbeitstag), jene Einrichtung, die von unserer Arbeiterklasse so heiß begehrt wird und in ihrem Sinne die bereits besprochenen Schutzbestimmungen erst recht eigentlich krönen soll. Unwiderlegbare Thatsache ist es — trotz der so oft wiederholten Behauptungen, daß ja der Arbeitstag „im Allgemeinen“ bereits gegenwärtig die Dauer von 10—11 Stunden nicht überschreite —, daß in einer Anzahl von deutschen Industrien täglich 12, 13, 14, ja bis 17 Stunden lang gearbeitet wird. Wir könnten dies mit einer von uns aus den letzten Berichten der Fabrikinspektoren zusammengestellten Tabelle belegen, deren Veröffentlichung jedoch an dieser Stelle zu viel Raum wegnehmen würde und auf deren Quelle wir deshalb



verweisen müssen. Dazu kommt, daß unsere kapitalistische Produktionsweise, selbst wenn sich unter ihr noch eine „übliche“ Arbeitszeit von z. B. 12 Stunden täglich erhalten hätte, mit ihren stoßweise eintretenden guten und schlechten Geschäftszeiten den Arbeitstag in der ersteren übermäßig über das „übliche“ Maß hinaus verlängert, in den letzten dafür auf ein Minimum zusammenschrumpfen läßt. Dabei geht es dem Arbeiter mit der Arbeitszeit, wie einem Manne, der fortwährend im ungesunden Wechsel aus der größten Hitze in die härteste Kälte, und umgekehrt, gestoßen wird: schädliche Ueberanstrengung wechselt mit halber Unthätigkeit. Man durchblättere die von den Unternehmern ausgehenden Handelskammerberichte der letzten Jahre, um diesen stoßweisen Gang unserer Geschäfte bestätigt zu finden. Wir brauchen wohl die traurigen Folgen eines solchen Zustandes für das Leben des Arbeiters nicht näher zu schildern: die tiefgehenden Schäden für die Lebenshaltung, die Gesundheit und den Lebensmuth unserer Arbeiter, die aus ihm resultiren, liegen zu klar am Tage. Ein Maximalarbeitstag aber würde zweifellos diese Uebel völlig beseitigen. Darüber wird nicht gestritten. Er würde mit seiner Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden die Ueberarbeit, die in den guten Geschäftszeiten zum Uebel wird, abschneiden, auf die ungünstigeren, jetzt halb beschäftigungslosen Perioden verlegen und somit die Wohlthat eines geregelten, ruhigen Flusses der Produktion für die Arbeiter herbeiführen, zugleich aber auch den ganzen Markt stabiler und günstiger gestalten, weil nun die Nachfrage der Hauptmasse des Volkes nach den Waaren eine viel stetigere und regelmäßigere werden würde. Aber auch innerhalb des so geregelten Arbeitstages würde der ausgeruhte und gesundheitlich wie geistig besser geschützte Arbeiter Mehr und Besseres leisten, als der in der regellosen Pro-



duktion bald bis zur Ermattung gehezte, bald durch das Feiern entnerdte und aus der Uebung gekommene. Weiter unten werden wir das einstimmige Zeugniß der schweizer Fabrikinspektoren für diese letztere Thatsache anführen, die dem Einwand die Spitze abbricht, daß unsere Industrie durch Einführung eines Maximalarbeitstages konkurrenzunfähig würde. Selbstverständlich ist, daß dieser Maximalarbeitstag keine Schablone, sondern eben nur die gesetzliche Regel sein dürfte; Ausnahmen, die den unumgänglichen wirthschaftlichen Nothwendigkeiten Rechnung trügen, wären hier ebenso gut als bei anderen Bestimmungen der schon bestehenden Arbeiterschutzgesetzgebung anzubringen, ohne daß durch sie das Prinzip durchlöchert zu werden brauchte. Nur über die andere Seite der Sache ist man sich noch nicht einig: sind von der Einführung des Maximalarbeitstages materielle Nachtheile für den Arbeiter zu erwarten? Auf die Beantwortung dieser Frage im verneinenden Sinne werden wir weiter unten bei Besprechung der Enquête über die Sonntagsruhe zurückzukommen haben. —

Es erübrigt nun noch, die gegenwärtige Gestaltung des Fabrikinspektorates einer Prüfung zu unterziehen, indem wir dasselbe mit der wirthschaftlichen Wirklichkeit und seinen Erfolgen dieser gegenüber zusammenhalten. Dr. Heinrich Braun hat Dasjenige, was hier zu sagen ist, in einer Arbeit über „Die Berichte der deutschen Fabrikinspektoren für 1881“ schon erschöpfend zusammengestellt. \*) Die energische Durchführung, so sagt er, auch der dürftigen Arbeiterschutzbestimmungen unserer Gewerbeordnung wäre wenigstens geeignet, vielleicht die unerträglichsten Härten, welche der Konkurrenzkampf für die arbeitende Klasse im Gefolge hat, einigermaßen zu mildern. Hierzu wäre die möglichst freie Aus-

\*) S. „Neue Zeit“, 1883, S. 73 ff.



gestaltung des deutschen Fabrikinspektorates mindestens im Rahmen des § 139b der Gewerbeordnung unerläßlich gewesen. Allein der Bundesrath erließ jene „Normen für die Regelung des Dienstes der Fabrikinspektoren“, welche die Befugnisse dieser Beamten vielmehr einschränkten. Alle Zwangsgewalt ward ihnen genommen; von ihrer gesetzlichen Befugniß, polizeiliche, eventuell im Wege administrativen Zwanges durchzuführende Verfügungen zu erlassen, sollen sie „keinen Gebrauch machen“, und die Abstellung von Gesetzwidrigkeiten und Uebelständen in den Fabriken zunächst durch gütliche Vorstellungen und geeignete Rathschläge herbeizuführen suchen, bei hartnäckiger Weigerung an die zuständigen Verwaltungsbehörden berichten. Ueberhaupt sollen sie sich, wie wir oben bereits des Näheren ausgeführt haben, mehr auf eine wohlwollend kontrolirende, berathende und vermittelnde Thätigkeit beschränken. Das ist alles schön und gut gemeint. Aber für die industrielle Gesellschaft mit ihrem rücksichtslosen Aufeinanderprall feindlicher Interessen reicht es nicht aus. Man darf nicht vergessen, daß das Fabrikinspektorat eine Kampfesinstitution ist, die mit Macht und Nachdruck eingreifen muß, nicht bloß mit guten Rathschlägen, die unter dem Drange des alle Vernunft übertäubenden Konkurrenzkampfes in den Wind verhallen. Ueberdies kommen ja die Fabrikinspektoren selten genug dazu, auch nur Rathschläge zu ertheilen. Man hat ihre Aufsichtsbezirke im Allgemeinen so groß gemacht, daß es selbst dem pflichttreuesten Beamten völlig unmöglich ist, einen nennenswerthen Bruchtheil der gewerblichen Anlagen seines Amtsbezirktes zu besichtigen, während es doch in der Natur der Sache liegt und als Bedürfniß empfunden wird, daß sämmtliche Betriebe womöglich wiederholt alljährlich revidirt werden. Man schlage die Berichte aus den wichtigsten Bezirken nach, und man wird gleich im



Beginn derselben diesen schreienden Mangel ziffermäßig festgestellt finden. Damit hängt es zusammen, daß die größten gewerblichen Gesetzeswidrigkeiten begangen werden können, ohne daß der Beamte etwas davon merkt. Fanden wir doch kürzlich in dem nationalliberalen, sich nie durch übertriebene Arbeiterfreundlichkeit auszeichnenden „Leipziger Tageblatt“ folgende Notiz: „Würden die Aufsichtsbeamten an manchen Orten Sachsens Abends gegen 9, 10 und 11 Uhr in der Nähe der Sticmmaschinengebäude verweilen, so könnten sie beobachten, wie viele Kinder über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigt werden, darunter Kinder von 7 Jahren (!) an.“ — Zudem glaubte man, den Begriff „Fabrik“ nicht bestimmen zu sollen, weil die Grenze gegen das einstweilen ungeschützt bleibende Handwerk nicht gleich zu ziehen war. Dadurch hat man aber der Willkür Thor und Thür geöffnet, weil nun jeder Fabrikinspektor sich selbst zurechtlegen muß, so gut er kann, was unter „Fabrik“ zu verstehen ist. Sollte sich nicht einfach jeder Betrieb, in dem fremde geschützte Personen, also Kinder, junge Leute und Frauen in Arbeit stehen, oder wo ein mechanischer Motor verwendet wird, für eine „Fabrik“ erklären lassen? Das entspräche wohl am meisten der wirtschaftlichen Wirklichkeit, und wird ähnlich von den Fabrikinspektoren selbst gefordert. — Schließlich noch ein Wort über die Berichte der Fabrikinspektoren. Dieselben werden leider nicht ihrem ganzen Inhalte nach, sondern nur auszugsweise veröffentlicht, obgleich die Gewerbeordnung, wie wir oben sahen, auch den ersten Fall dieser Alternative vorgesehen hat. Die Berichte werden, wie wir von einem Fabrikinspektor selbst erfahren, sogar zwei Mal gesichtet: zuerst in den Ministerien der einzelnen Bundesstaaten, denen sie zur Uebermittlung an den Reichskanzler von den Aufsichtsbeamten eingesendet werden, und sodann



noch ein Mal im Reichsamt des Innern. Erst die zwei Mal gesiebten Berichte gelangen dann zur Veröffentlichung. Wer gesehen hat, welchen Werth wir auf die Berichte als amtliche Quellen über unseren Wirthschaftszustand legen müssen, wird die unvollständige Publikation mit beklagen. Der Sozialforschung würde ein wesentlicher Dienst geleistet, wenn die einzelnen Berichte wenigstens mit ihrer Vorlage an die Landesbehörde im Hauptorte jedes Inspektionsbezirkeshortgetren und in billiger Ausgabe publizirt würden. Denn jetzt vergeht fast das ganze auf das Berichtsjahr folgende Jahr, ehe die „Amtlichen Mittheilungen aus den Jahresberichten der mit Beaussichtigung der Fabriken betrauten Beamten“, wie ihr offizieller Titel lautet, im Buchhandel erscheinen. — Auch für die Vorbildung und Auswahl der Aufsichtsbeamten bleiben noch viele Wünsche übrig. Namentlich die nothwendigen nationalökonomischen und sozialwissenschaftlichen Vorkenntnisse fehlen da noch vielfach, und es ließe sich aus den allerneuesten Berichten der Inspektoren eine reichhaltige Blumenlese von Proben des überlebtesten Manchesteroptimismus bei der Beurtheilung wirthschaftlicher Zustände zusammenstellen, wobei freilich nicht verkannt werden darf, daß einzelne Berichte, z. B. diejenigen der Beamten von Düsseldorf, Magdeburg, Nürnberg, München und Karlsruhe, geradezu vortrefflich sind, und daß das ganze Institut noch im Anfangsstadium seiner Entwicklung sich befindet. Man würde selbst innerhalb der jetzigen Organisation schneller über dieses Anfangsstadium in sozialwissenschaftlicher Beziehung hinauskommen, wenn man nach und nach junge, auch theoretisch gebildete Nationalökonomten, die sich so gut wie jetzt die Juristen, in öffentlichem Examen über ihre Kenntnisse ausweisen müßten, zuerst unter Aufsicht der Beamten, sodann selbstständig zur praktischen Be-



thätigung ihrer Wissenschaft heranzöge. — Nach einer noch anderen Richtung hin wird endlich von einem Arzte das Institut der Fabrikinspektoren kritisiert — eine Kritik, die wir umsoweniger übergehen zu dürfen glauben, je seltener es ist, daß ein medizinischer Fachmann nach dieser Seite hin die Verhältnisse prüft. Im „Ärztlichen Intelligenzblatt“ vom 23. Juni 1885 veröffentlicht von Zoller eine Studie über das Vorkommen von Lungenkrankheiten in der Hanf- und Flachsspinnerei zu Waldenau, in welcher er zuerst feststellt, daß sämtliche 28 Arbeiter dieser Fabrik zur Zeit seiner Untersuchung lungenkrank waren, und daß die Hauptursache dieser schrecklichen Erscheinung darin zu suchen ist, daß eben keine gesetzlichen Vorschriften existiren, welche die Arbeiter vor gesundheitswidriger Ausnutzung schützen. Das führt ihn auf das Fabrikinspektorat. „Der Inspektor erfährt in der Fabrik die Zahl der Motoren, der Betriebe, macht seine Beobachtungen über die jugendlichen Arbeiter, erfährt auch hie und da einen Theil der vorgekommenen Verletzungen, ist aber niemals in der Lage, sich darüber zu informiren, warum denn die Leute gar so blaß und fiedel aussehen, warum denn Alles hustet; er berichtet nicht über den vorherrschenden Krankheitscharakter, kurz, die Gesundheitsstörungen bleiben in seinen Berichten einfach unerwähnt. . . Zur Beurtheilung von Gesundheitsstörungen dieser bleichen Menschen, der sanitätswidrigen Einrichtungen gehört das Auge des Arztes. Der Arzt ist für jede Fabrik viel nothwendiger als der Techniker.“ — Berichtigten wir den letzten, von fachwissenschaftlicher Voreingenommenheit diktierten Satz dahin, daß wir sagen: der Arzt ist für jede Fabrik ebenso nothwendig als der Techniker.“ Damit ist der wundte Punkt des Fabrikinspektorates berührt, zu dem wir am Schlusse unserer Betrachtung noch kommen wollten. Die Fabrik-



inspektoren selbst benöthigen noch weiterer hygienischer Vorbildung; bis sie diese erlangt und vielleicht auch dann noch dürfte es geboten sein, ihnen den Physikus des Bezirkes oder noch besser einen besonderen Assistenten desselben, einen eigenen Fabrikarzt, bei ihren Revisionen zur Seite zu stellen. Erst dann würde auch nach dieser Richtung eine ausreichende und erschöpfende Berichterstattung möglich sein.

3.

**Die neuen gesetzgeberischen Vorschläge.**

In seiner letzten Session hatte sich der Reichstag namentlich mit drei verschieden gearteten Vorschlägen zur Weiterbildung der Arbeitergesetzgebung zu beschäftigen.

Zunächst hatte das Zentrum außer einem Windthorst-Reichensperger'schen Arbeiterschutzeskizzenentwurf, den es in der betreffenden Reichstagskommission einbrachte, der zum Theil eine Wiederholung der vom Zentrum bei der Gewerbeordnungscommission von 1878 gestellten Anträge, zum Theil eine Kopie des schweizer Arbeiterschutzesgesetzes war, mit dem sich jedoch unseres Wissens der Reichstag zu befassen keine Gelegenheit gehabt hat und auf den wir deshalb hier nicht näher einzugehen brauchen, folgenden Antrag beim Reichstage gestellt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen aufzufordern, womöglich noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzesentwurf, betreffend die weitere Ausbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung, vorzulegen, in welchem

- 1) die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, vorbehaltlich einzelner genau zu bestimmender Ausnahmen, verboten,



- 2) die Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken eingeschränkt,
- 3) die Maximalarbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter geregelt wird."

Dazu wurden zwei Abänderungsanträge gestellt.

Zunächst vom Abgeordneten Stöcker: „die Reichsregierung zu ersuchen, dieselbe wolle dem Reichstag, möglichst noch im Laufe dieser Session, einen von den Fabrikinspektoren zu erstattenden amtlichen Bericht vorlegen, welcher die Dauer der Arbeitszeit in den verschiedenen Bezirken und Betrieben darlegt, mit besonderer Hervorhebung solcher Verhältnisse, in denen die Zahl der Arbeitsstunden den Durchschnitt übersteigt.“

Sodann vom Abgeordneten Buhl (nationalliberal): „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bezüglich der in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnendampfschiffahrtsbetriebe, auf Werften und bei Bauten beschäftigten Personen von Neuem Erhebungen anzuordnen:

I. wie weit die Sonn- und Feiertagsarbeit in den genannten Betrieben einzuschränken ist,

II. ob bei der Frauen- und Kinderarbeit Unzuträglichkeiten zu Tage treten, inwieweit deren Arbeitszeit mit Rücksicht auf die allgemeinen Erwerbsverhältnisse eingeschränkt werden kann, und ob die Beschäftigung der Frauen in den Betrieben während der Nacht zu verbieten ist,

III. über die Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter, insbesondere darüber, ob die gesetzliche Regelung einer Maximalarbeitszeit überhaupt nothwendig erscheint, und ob und inwieweit sie den Interessen der Betriebsunternehmer und der Arbeiter entspricht.

Bei diesen Erhebungen sollen insbesondere Betriebs-



unternehmer, Arbeiter und die Fabrikinspektoren vernommen werden.“ —

Aber auch die Reichspartei trat mit einem selbstständigen Entwurfe zur Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung hervor. Derselbe lautete wie folgt.

„Artikel 1. § 135 der Gewerbeordnung erhält nachstehende Fassung: „Kinder unter 14 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Doch hat der Bundesrath die Befugniß, für bestimmte Fabrikationszweige und unter bestimmten Bedingungen für Kinder von 12 bis zu 14 Jahren eine Ausnahme zu machen. In letzterem Falle darf die Beschäftigung von Kindern die Dauer von sechs Stunden nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Kinder, welche zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, dürfen in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Schulplane einen regelmäßigen Unterricht von mindestens drei Stunden täglich genießen.“ (Die letztere Bestimmung ist die alte der Gewerbeordnung, die den Kindern nur 3 Stunden Schulunterricht sichert.)

„Artikel 2. Hinter § 136 wird folgender neuer Paragraph eingefügt. „§ 136a. Verheirathete Frauen dürfen in Fabriken weder an Sonn- und Festtagen, noch zur Nachtzeit zwischen 8½ Uhr Abends und 5½ Uhr Morgens beschäftigt werden. Sie müssen mindestens ½ Stunde vor dem Eintritt der Mittagspause entlassen werden, so daß diese Pause für sie wenigstens 1½ Stunden beträgt. An Sonnabenden und den Vorabenden der Festtage müssen verheirathete Frauen 3 Stunden vor Schluß der Arbeitszeit, spätestens aber um 5½ Uhr Abends entlassen werden.



Wöchnerinnen dürfen während 3 Wochen nach ihrer Entbindung nicht beschäftigt werden.“ —

Den umfangreichsten und am meisten in's Einzelne ausgearbeiteten Gesetzentwurf brachte jedoch die sozialdemokratische Partei ein. Sie nannte ihn: „Gesetz, betreffend die Abänderung der Titel I, II, VII, IX, X und der Schlußbestimmungen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.“\*)

Er hebt mit einer Bestimmung an, die sich gegen die vielbeklagte Zuchthausarbeit wendet. In Straf-, Versorgung- und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, ist gewerbliche Arbeit nur für den eigenen Bedarf, den Bedarf des Reichs, eines Staats oder der Gemeinden gestattet. Die speziellen Arbeiterschutzbestimmungen aber beginnen mit der Festsetzung eines Maximalarbeitstages: die Arbeitszeit für alle in gewerblichen Unternehmungen beschäftigte, über 16 Jahre alte Hilfspersonen — letzteres ist nämlich die allgemeine Bezeichnung des Entwurfes für die bei einem Unternehmer beschäftigten Arbeiter jeglichen Grades — darf täglich höchstens 10 Stunden, an Sonnabenden höchstens 8 Stunden, ausschließlich der Pausen, währen. Bei Arbeiten unter Tag oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitschicht 8 Stunden nicht überschreiten. Jugendliche Hilfspersonen im Alter von 14 bis 16 Jahren dürfen täglich nicht über 8 Stunden beschäftigt werden. Jedoch sind Ausnahmen vorgesehen, wenn

\*) Wir fügen den wortgetreuen Abdruck des Gesetzentwurfes seines größeren Umfanges wegen dieser Broschüre als Anhang bei, da er in seinem wichtigen Wortlaute noch zu wenig bekannt geworden ist und in diesem Wortlaute Vielen, die sich für die sozialpolitischen Fragen interessieren, willkommen sein dürfte.



Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben. An Sonn- und Festtagen ist die gewerbliche Arbeit verboten — ausgenommen beim nothwendigen Betriebe der Verkehrs- und Transportanstalten, bei Gastwirthschaften, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten sowie Gewerben, die ununterbrochen betrieben werden müssen. Verkaufsstätten dürfen Sonn- und Festtags höchstens 5 Stunden, und spätestens bis 6 Uhr Nachmittags geöffnet werden; im Uebrigen sind auch hier unumgängliche Ausnahmen vorgesehen. Hilfspersonen, die bei regelmäßigen Sonn- und Festtagsbetrieben beschäftigt sind, ist in der Woche ein Ruhetag zu gewähren. Nacharbeit ist, mit den nöthigen Ausnahmen für nur männliche Arbeiter, gänzlich verboten. — Wöchnerinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden, und darf eine Kündigung oder Entlassung derselben aus der Arbeit während dieser Zeit nicht stattfinden. — Die Unternehmer sind verpflichtet, dem gewerblichen Hilfspersonale den Lohn wöchentlich, dem kaufmännischen monatlich baar in Reichswährung auszusahlen. Als Lohnzahltag gilt für das gewerbliche Hilfspersonal der Freitag, und falls dieser ein Festtag ist, der diesem vorhergehende Werktag. Das Innehalten verdienten Lohnes ist verboten. Geldbußen wegen Nichtbeachtung der Arbeitsordnung dürfen 10 Prozent des durchschnittlichen Arbeitstagverdienstes nicht überschreiten. Dieselben dürfen nur zum Nutzen der Hilfspersonen verwendet werden. Bei Akkordarbeit, welche bis zum Lohnzahltag nicht zum Abschluß gebracht werden kann, ist dem Arbeitenden eine Abschlagszahlung zu gewähren, welche mindestens die Höhe des für die gleiche Leistung in der Betriebsstätte geltenden Durchschnittswochenlohnes erreicht. — Waaren dürfen dem Hilfspersonale von den Unternehmern gar nicht,



Werkzeuge und Stoffe zu den Arbeiten nur zum Selbstkostenpreise als Gehalt oder Lohn angerechnet werden. Zuwiderlaufende Verträge sind nichtig. — Die gewerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist verboten. — Die Verhältnisse zwischen Unternehmer und Lehrling sind so geregelt, daß dem Letzteren eine tüchtige Ausbildung gesichert, sowie daß er vor Ausbeutung geschützt ist; die einzelnen Bestimmungen sind im Anhange nachzulesen. — Das Institut der Fabrikinspektoren wird zu einer Arbeitsorganisation über das ganze Deutsche Reich erweitert wie folgt. Die Ueberwachung und Ausführung der Arbeiterschutzbestimmungen, sowie die Anordnung und Oberleitung von Maßregeln und Untersuchungen, welche das Wohl der in Betrieben irgend welcher Art beschäftigten Hilfspersonen erfordern, steht dem Reichsarbeitsamte mit dem Sitze in Berlin zu. Ihm unterstehen die Arbeitsämter, die durch Reichsgesetz in Bezirken von nicht unter 200 000 und nicht über 400 000 Einwohnern einzurichten sind. Jedes Arbeitsamt wird gebildet aus einem Arbeitsrathe — dem früheren Fabrikinspektor — und den nöthigen Hilfsbeamten; es faßt seine Beschlüsse und Entscheidungen kollegialisch. Das Reichsarbeitsamt wählt den Arbeitsrath aus zwei seitens der Arbeitskammer vorgeschlagenen Bewerbern. Die Hilfsbeamten werden von der Arbeitskammer selbst, zur Hälfte aus den Unternehmern, zur Hälfte aus den Hilfspersonen gewählt. Die Beamten des Reichsarbeitsamtes und die Arbeitsräthe oder deren Hilfsbeamte haben das Recht, jederzeit Besichtigungen der Betriebsstätten vorzunehmen und die ihnen für Leben und Gesundheit der Beschäftigten nothwendig scheinenden Anordnungen zu treffen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zu. Dem Unternehmer steht der Beschwerdeweg



an das Arbeitsamt und sodann das Reichsarbeitsamt offen. Das Arbeitsamt ist verpflichtet, sämtliche Betriebe seines Bezirks mindestens ein Mal jährlich zu besichtigen. Dasselbe organisiert innerhalb seines Bezirks den unentgeltlichen Arbeitsnachweis und bildet für diesen eine Zentralstelle. Jedes Arbeitsamt hat alljährlich einen Bericht über seine Thätigkeit zu veröffentlichen, der vorher der Arbeitskammer zur Begutachtung zu unterbreiten ist. Das Reichsarbeitsamt hat sämtliche Einzelberichte behufs Vorlage bei Bundesrath und Reichstag zu einem allgemeinen Bericht zusammenzustellen. Die Berichte sind dem Publikum zum Selbstkostenpreise zugänglich zu machen. — Für die Vertretung der Interessen der Unternehmer und ihrer Hilfspersonen, sowie zur Unterstützung der Aufgaben der Arbeitsämter tritt in jedem Arbeitsamtsbezirk eine Arbeitskammer in Thätigkeit mit 24—36 Mitgliedern, je nach der Anzahl der Betriebe im Bezirke. Die Mitglieder der Arbeitskammer sind zur Hälfte durch die großjährigen Unternehmer aus ihrer Mitte zur anderen Hälfte durch die großjährigen Hilfspersonen aus deren Mitte auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechtes mit einfacher Mehrheit zu wählen, und zwar auf 2 Jahre. Die Arbeitskammern haben neben den schon erwähnten Funktionen in allen das wirtschaftliche Leben ihres Bezirkes berührenden Fragen mit Rath und That die Arbeitsämter zu unterstützen. Insbesondere stehen ihnen Untersuchungen zu über die Wirkung von Handels- und Schifffahrtsverträgen, Zöllen, Steuern, Abgaben, über die Lohnhöhe, Lebensmittel- und Miethpreise, Konkurrenzverhältnisse, Fortbildungsschulen und gewerbliche Anstalten, Modell- und Mustersammlungen, Wohnungszustände, Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Sie haben ferner Beschwerden über Mißstände



im gewerblichen Leben zur Kenntniß der bezüglichlichen Behörden zu bringen und Gutachten über Maßregeln und Gesetzesentwürfe abzugeben, welche das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren. Sie sind Berufungsinstanz wider die Urtheile der Schiedsgerichte. Endlich haben sie die Minimalhöhe der Löhne aller Hilfsarbeiter festzusetzen. Beschwerden in dieser Hinsicht erledigt der Arbeitskammertag. Den Vorsitz in der Arbeitskammer führt der Arbeitsrath, der dieselbe monatlich mindestens ein Mal einzuberufen hat. Bei der Beschlußfassung gilt Stimmengleichheit als Ablehnung. Aus ihrer Mitte, aus je 2 Unternehmern und 2 Hilfspersonen, bildet die Kammer öffentliche Schiedsgerichte, denen wiederum der Arbeitsrath vorsieht. — Das Reichsarbeitsamt hat alljährlich ein Mal Vertreter sämtlicher Arbeitskammern zu einer allgemeinen Berathung über die wirtschaftlichen Interessen zu berufen, zu welcher jede Arbeitskammer je einen Vertreter der Unternehmer und der Hilfspersonen entsendet. Die Sitzungen dieses Arbeitskammertages werden von Mitgliedern des Reichsarbeitsamtes geleitet und sind öffentlich. — Die Mitglieder der Arbeitskammern, der Schiedsgerichte und des Arbeitskammertages erhalten Tagegelber und Entschädigung für Reisekosten. Die Unterhaltungskosten sämtlicher Einrichtungen trägt das Reich. —

Das ist die Quintessenz des sozialdemokratischen Arbeiterschutzes.

#### 4.

Die Stellung der öffentlichen Meinung,  
der Parteien und der Regierung zu den neuen Gesetzes-  
vorschlägen.

Es war erfreulich zu sehen, wie einmüthig sich zunächst die öffentliche Meinung und die Gesamtheit der Parteien



in und außer der Presse prinzipiell für die Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung aussprach.

Die lauteste Zustimmung fand der Grundgedanke der neuen Gesetzesvorschläge natürlich in Arbeiterkreisen und in der Arbeiterpartei. In den Industriezentren und Großstädten ganz Deutschlands sprachen sich zahlreiche Massenversammlungen des werthätigen Volkes für die Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung, speziell den sozialdemokratischen Entwurf, aus; im gleichen Sinne abgefaßte Petitionen an den Reichstag wurden namentlich in den Städten, dem Sitze des intelligentesten Arbeiterkernes, mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt (z. B. in München allein mit 14 000, in Hamburg mit 50 000) — die wahrscheinliche Gesamtzahl der Unterschriften wird auf eine halbe Million geschätzt. Die Arbeiterinnen haben sich ebenfalls der Bewegung angeschlossen. Sogar ein evangelischer Arbeiterverein zu Herne hat jene bekannte Eingabe an den Reichskanzler gemacht, die mit dem Satze schloß: „So wagen wir denn, ohne irgendwie in die Politik eingreifen zu wollen, Ew. Durchlaucht die Erklärung abzugeben, daß wir die obligatorische Befreiung von Sonntagsarbeit als ein durchaus anzustrebendes Ziel und als ein hohes, unersetzliches Gut für jeden Arbeiter ansehen.“ — Ebenso sprachen sich die der Arbeiterpartei räumlich am nächsten stehenden Linksliberalen theils direkt für den sozialdemokratischen Entwurf, theils für die Weiterbildung der Arbeitergesetzgebung überhaupt laut und öffentlich aus. So nahm die vor Kurzem abgehaltene Landesversammlung der deutschen Volkspartei in Bayern mit allen gegen vier Stimmen einen Antrag an mit dem sie sich „voll und ganz auf den Standpunkt des dem Reichstag unterlegenen Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Titel I, II, VII, IX, X und



Schlußbestimmungen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, des sog. Arbeiterschutzes, stellt und die Abgeordneten der deutschen Volkspartei im Reichstag ersucht, diesem Gesetzentwurf bei der Verathung ihre Stimmen zu geben." Die Repräsentantin des berliner Fortschrittlerthumes, die „Vossische Zeitung", vergleicht in ihrer Nummer vom 12. März 1885 das Arbeiterschutzes, das die Sozialdemokraten eingebracht haben, mit den Vorschlägen des Zentrums und der Konservativen, und spricht dabei dem ersteren präzisere Form und größere Klarheit zu; auch zöge dasselbe die vollen Konsequenzen. Während die übrigen deutschfreisinnigen Organe den im sozialdemokratischen Gesetzentwurf enthaltenen Vorschlag, einen Minimallohn betreffend, als den Ausbund aller Unvernunft und als radikalen Umsturzgedanken hinstellten, bemerkte die „Vossische Zeitung" kühl, daß alle diejenigen nichts gegen einen solchen Vorschlag einwenden könnten, welche dem Staate das Recht zuerkennen wollten, dem Waldbesitzer eine gewisse Rente zu sichern: von einer Undurchführbarkeit kein Wort. Das „Berliner Tageblatt" (vom 11. Januar 1885) aber, das sonst die reine kapitalistische Manchesterlehre vertritt, äußerte: „Daß eine Reform und Weiterentwicklung der deutschen Fabrikgesetzgebung durchaus geboten ist, dürften die noch vielfach in unserer Industrie herrschenden Mißstände, wie sie in den Jahresberichten der Fabrikinspektoren, sowie in den die Arbeiterverhältnisse behandelnden Beiträgen zur sozialen Statistik von Prof. Thun und Anderen so anschaulich geschildert werden, aufs Klarste erweisen. Von anderen Ländern sind wir nach der genannten Richtung hin in wichtigen Punkten überholt worden. So hat die Schweiz zum Theil schon den Normalarbeitstag" — soll heißen Maximalarbeitstag — „vor uns voraus. In England ist die Frauenarbeit einer



durchgreifenden Regelung unterworfen worden. Die letztere bedarf umsomehr einer Einschränkung, als sich auf dem Gebiete derselben eine ganz ungesunde Entwicklung zu zeigen beginnt. In der Textilindustrie nämlich zeigt sich eine größere Inanspruchnahme der Frauenarbeit, ein Umstand, der die größte Aufmerksamkeit verdient." — Die manchesterlichen Blätter konnten nicht anders sprechen, wenn sich sogar die Fabrikanten selber im günstigen Sinne äußerten. Im „Mittelrheinischen Fabrikantenverein“ gelangte nämlich zu Beginn dieses Jahres folgender vom Vereinsvorstande beantragte Beschluß einstimmig zur Annahme: „Der Mittelrheinische Fabrikantenverein hat grundsätzlich gegen die Tendenz der dem Reichstage vorliegenden, die Herbeiführung eines wirklichen Arbeiterschutzes bezweckenden Anträge eine Einwendung nicht zu erheben und spricht sich insbesondere: a. für einen thunlichsten Ausschluß der Sonntagsarbeit der Frauen, wie der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren, b. für eine möglichst weitgehende Beschränkung der Nachtarbeit der Frauen aus.“ Eine Enquête über die Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit, sowie über den Maximalarbeits- tag sei geboten. Eine fast gleichlautende Resolution nahm der Unternehmerverein „Konfordia“ an. —

Die Tragweite der einschlagenden Fragen geht ferner daraus hervor, daß sich auch die diesjährigen Verhandlungen des Deutschen Lehrertages (zu Darmstadt) zum Theil um das Thema „Fabrikgesetzgebung und Schule“ drehten. Es wurde dort von der kompetentesten Seite, von den Erziehern der Jugend, der Nachweis geliefert, wie nachtheilig die Verwendung von schulpflichtigen Kindern in den Fabriken auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder einwirkt. Seien doch, wie der Referent hervorhob, nur in den den Fabrikinspektoren unterstellten Betrieben im Jahre 1883



bereits 18 935 Kinder von 12 bis 14 Jahren beschäftigt gewesen. Die Zahl der in der Hausindustrie und im Handwerk beschäftigten Kinder sei wahrscheinlich noch viel größer. Sogar im Bergbau arbeiteten 646 Kinder, darunter 68 Mädchen. Die Zahl der in dieser Weise dem Unterricht entzogenen und vielfach der Ueberanstrengung preisgegebenen Kinder nehme von Jahr zu Jahr nicht ab, sondern zu. Die Ausflucht, daß die Industrie, um konkurrenzfähig zu bleiben, die Hilfe der Kinder nicht entbehren könne, wurde von dem Berichterstatter auf ihre Werthlosigkeit zurückgeführt. Er wies nach, daß im Inspektionsbezirke Zwickau, wo 2641 Kinder unter 14 Jahren beschäftigt würden, der ganze Lohnunterschied noch nicht  $\frac{1}{2}$  Prozent betrüge, wenn man an Stelle der Kinder jugendliche Arbeiter einstelle. — Auch hier gelangte man zur Forderung des Verbotes der Kinderarbeit.

Doch verfolgen wir die prinzipielle Stellungnahme unserer Parteien immer weiter nach rechts. Hören wir ein konservatives, eminent bismarckfreundliches Blatt, die „Dresdener Nachrichten“, zum Kapitel der Sonntagsruhe. „Das Wort Export“, sagt dieses Organ sehr richtig, „wirkt auf unsere Industrie bald wie eine Peitsche, die sie zu der übermäßigsten Anspannung treibt, bald wie eine Straßenwalze, die jede vernünftige Vorstellung sittlichen oder volkswirthschaftlichen Inhalts niederdrückt. Eine wahre Exportwuth ist über uns gekommen. Man opfert alles, um den Konkurrenten auf dem sogenannten Weltmarke zu schlagen. Der kaufmännische Grundsatz, eine Waare so theuer wie möglich zu verkaufen, ist dem Schleuderverfahren gewichen, so billig wie möglich loszuschlagen. Daher der Rückgang der Preise und der Druck auf die Löhne. Alles Heil sucht man in dem Export; an die Gewinnung des vaterländischen Absatz-



marktes denkt man nur nebenbei, obwohl die erhöhte Kaufkraft der Arbeiter daheim der Industrie weit lohnendere Aufträge zuwenden müßte, als die Versorgung ausländischer Plätze mit gedrückten deutschen Waaren. Diese Exportwuth führt dazu, daß dem Arbeiter eine immer größere Ausspannung aller Kräfte, Ausdehnung der Arbeitszeit und Verzicht auf die Sonntagsruhe angeschlossen wird . . . Wie das Geldkapital allstündlich seinen Zins gebiert, soll dies auch das in den Fabriken angelegte Leihkapital thun, gleichgiltig, was darüber aus dem Menschen wird; das ist eine unchristliche Weltanschauung." Das Blatt schließt von seinem konservativen Standpunkte aus: „Anders dachte darüber König Heinrich IV. von Frankreich . . . er wollte, daß „jeder Bauer am Sonntag sein Huhn im Topfe habe“ . . ., wußte, was dem Volke der Sonntag ist und begriff, was er ihm sein sollte: der Tag des Wohlergehens und der Freude . . . Warum zögert der große Kanzler Deutschlands, ähnlich jenem großen Könige Frankreichs, das Seine zu thun, daß der deutsche Arbeiter wenigstens seine Ruhe am Sonntage habe?“ — Die offiziöse „Social-Correspondenz“ aber zeigte sich zur selben Zeit den hier erörterten Bestrebungen noch geneigter: „Man sollte“, so schrieb sie, „die Tragweite und Ausführbarkeit aller dieser“ (sozialdemokratischen) „Vorschläge wohlwollend untersuchen. Wie die Landwirth in den Landeskulturräthen, die Kaufleute und Fabrikanten auf Handels- und Fabrikantentagen ihre Interessen vertreten, so können auch die Arbeiter ihre Arbeitskammertage wünschen. — Die Einreichung des sozialdemokratischen Gesetzesentwurfes erscheint uns als ein Wendepunkt für die innere deutsche Politik. Der Entwurf ist ein beachtenswerther Ausdruck der Gedanken und Hoffnungen der heutigen Arbeiterwelt. Man möge die von den Sozialdemokraten auf solche Weise angebotene Hand



zur Verständigung annehmen und es wenigstens aufrichtig versuchen, im friedlichen Bunde mit ihnen an der Sozialreform zu arbeiten!" — Die im Frühling und Sommer 1885 massenhaft mit elementarer Gewalt ausbrechenden Strikes trugen weiter dazu bei, die Arbeitskammern in das rechte Licht zu rücken. So schrieb man der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, noch dazu von einer Seite, welche die Arbeiter für „meist schlecht berathen und geführt“ erklärte, aus Brunn: „Die Unruhen in Brunn hätten vielleicht gar nicht begonnen, wenn wir Arbeitskammern hätten, deren Vertretung die Begehren der Arbeiter an richtiger Stelle zu richtiger Zeit hätte vorbringen können.“ Auch die Zentrums-*pre*ss*e* erinnerte daran, daß Einer der Ihrigen, der Abgeordnete Hise, schon 1880 sich für Arbeitskammern ausgesprochen habe. Dieselben sollten amtliche Erhebungen über die Lage der arbeitenden Klassen machen, sie sollten auch dem letzten Arbeiter Gelegenheit geben, seine Klagen vertrauensvoll vorzubringen, ohne daß dieser zu befürchten brauchte, er müsse seine Offenheit mit Entlassung oder sonstiger Maßregelung büßen; sie sollten endlich die einzige Instanz sein, die über Lohnfragen entscheiden und die doppelschneidige Waffe der Strikes entbehrlich machen würde. Diese nothwendige soziale Funktion bewiese die Unentbehrlichkeit der Arbeitskammern. Auf der diesjährigen 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Münster aber formulirte das Centrum seine Arbeiterschutzforderungen von Neuem in folgender, ohne Debatte und einstimmig angenommenen Resolution: „Die Generalversammlung erklärt es für eine Pflicht der christlichen Obrigkeit, dem abhängigen Arbeiter das Recht auf Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung, welches durch ein göttliches Gebot geheiligt ist, durch Gesetz zu sichern; die 32. Generalversammlung fordert die Arbeiter



und Arbeitgeber auf, für den christlichen Sonntag mit Kraft einzutreten, in der Ueberzeugung, daß die Erfüllung religiöser Pflichten, die Pflege des Familienlebens, die Erholung für Körper und Geist am Sonntag auch die Entwicklung der nationalen Industrie auf die Dauer nur fördern kann; die 32. Generalversammlung giebt gleichzeitig der Forderung Ausdruck, daß neben der Fürsorge für kranke und invalide Arbeiter auch der gesunde Arbeiter gegen eine übermäßige, die Gesundheit und das Familienleben schädigende Arbeitszeit durch Gesetz geschützt werde, daß vor Allem durch eine Beschränkung bezw. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit und der Beschäftigung der verheiratheten Frauen in den Fabriken der drohenden Auflösung des Familienlebens gesteuert werde." Und nicht minder laut hat die evangelische Geistlichkeit ihre Stimme für die Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung erhoben: ebenfalls in diesem Jahre sandte die lutherische Pastoral-Konferenz zu Bielefeld an den Reichskanzler folgende bezeichnende Adresse ab. „Ew. Durchlaucht haben durch Gottes Gnade unser Volk groß gemacht und seinen Namen zu großem Ansehen erhoben, auch in heißem Ringen das Wohl des Vaterlandes gegen die Mächte des Umsturzes vertheidigt. Gestatten Ew. Durchlaucht den gehorsamst Unterzeichneten, eine das Wohl des Volkes tief berührende Bitte vorzutragen. Wir sind zum größten Theile Geistliche, theils in Landwirthschaft treibenden Gemeinden, theils in Orten, in denen die Industrie Tausende von Arbeitern sammelt, stehen dem Volk nahe und kennen seine Bedürfnisse; wir hören seine Klagen und sehen seine Noth: unser Volk bedarf der Sonntagsruhe. Es ist ein Gebot Gottes, welches Gehorsam fordert und dessen Uebertretung Unheil bringt, die Familien zerrüttet und das Volk entfittlicht. Wir



bitten, es möge Ew. Durchlaucht gefallen, Ihren mächtigen Einfluß zur Wahrung und Hebung der Sonntagsruhe und Heiligung einsetzen zu wollen, damit Gottes Segen auf der sauren Arbeit des Volkes ruhe. Millionen werden Ihnen dafür von Herzen danken!" Man sieht, die Geistlichen beider Konfessionen kommen zu ihren Forderungen größeren Arbeiterschutzes nicht nur auf Grund religiöser, sondern auch rein wirthschaftlicher und moralischer Ueberlegungen.

Zu den vielen inländischen Stimmen, die sich so warm für die deutschen Arbeiterforderungen aussprachen, kamen aber auch ausländische Kundgebungen im gleichen Sinne. Es war zunächst die Schweiz, in der man gegen Bemerkungen reagirte, die im deutschen Reichstage über die Praxis des Maximalarbeitstages und der Stellung der schweizer Arbeiter zu demselben gefallen waren. Eine große Arbeiterversammlung in Zürich erklärte im Anschlusse an einen Vortrag des Nationalrathes Bögelin über Fabrikgesetzgebung, daß die schweizerischen Arbeiter, weit entfernt, die Maximalarbeitszeit zu „verfluchen“, dieselbe vielmehr als einen bedeutenden Kulturfortschritt und eine große Errungenschaft ihres Standes betrachten. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, der schweizerische Bundesrath möchte bei den fremden Mächten neuerdings Schritte thun, um dieselben ebenfalls zur Einführung des Maximalarbeitstages zu bewegen. Die Bevölkerung der Schweiz zeigt sich derart für die Institution des Maximalarbeitstages eingenommen, daß noch nie eine Petition um dessen Abschaffung an die gesetzgebenden Räthe gerichtet wurde; auch würde es schwerlich Einer der vielen Abgeordneten, die Industrielle sind, wagen, einen Antrag in dieser Richtung zu stellen. — In ähnlicher Weise trat die arbeiterfreundliche Presse Frankreichs für die Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland

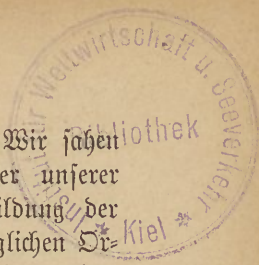


ein; nur sind wir hier leider nicht mehr im Stande, den Wortlaut der betreffenden Äußerungen wiederzugeben. — Dagegen möge eine englische Zeitungstimme, diejenige der nachmals so bekannt gewordenen „Pall Mall Gazette“, hier stehen. Das Blatt empfiehlt dem deutschen Reichskanzler die schnelligste internationale Regelung der Maximalarbeitszeit; es hofft, die Zeit sei nicht mehr fern, wo eine Nation, die keine gesetzliche Bestimmung trifft, daß ihre Unterthanen Anspruch auf mindestens vier Ruhetage im Monate haben und sie länger als 12 Stunden den Tag arbeiten läßt, als ein Feind des Menschengeschlechtes gebrandmarkt werden wird. „Wir sehen“, so schließt das englische konservative Organ, „mit einiger Spannung der Antwort des deutschen Kanzlers auf diesen englischen Widerhall seines Vorschlages entgegen.“ — Auf dem Anfangs September 1885 in Southport tagenden Kongresse der britischen Gewerksvereine endlich, die sich bekanntlich aus der Elite und dem konservativen Kerne der englischen Arbeiter zusammensetzen, hielt der Präsident Threlfall eine Rede, die sich u. A. über die Ursachen der gegenwärtigen allgemeinen Geschäfts- und Arbeitsstockung und die Mittel zu deren Beseitigung verbreitete. Als ersten Schritt zur Linderung des Übels empfahl der Redner auch hier wieder die Sicherung des achtstündigen Arbeitstages (den zehnstündigen haben nämlich die englischen Arbeiter bereits seit langen Jahren). Durch ihn würden Tausende von arbeitslosen Personen beiderlei Geschlechts Beschäftigung finden. Es sei berechnet worden, daß es in Amerika 9 Millionen Arbeiter gebe, die Beschäftigung haben, während 2 Millionen beschäftigungslos seien. Wende man diese Berechnung auf Großbritannien an, und kürze man den Arbeitstag um eine Stunde, so würde man bei 7 Millionen Arbeitern Beschäftigung für weitere 875 000 finden. —



kehren wir jedoch nach Deutschland zurück. Wir sahen oben die wohlwollende Bereitwilligkeit fast aller unserer Parteien, wirksam mitzuhelfen an der Weiterbildung der deutschen Arbeiterschutzesetzgebung, in ihren bezüglichen Drängen oft mit warmen Worten ausgedrückt. Wie wurden nun dieses Wohlwollen und diese Bereitwilligkeit bethätigt, als es sich darum handelte, in den diesjährigen Sanuar-sitzungen des Reichstages für einen oder den anderen Vorschlag thatkräftig legislatorisch einzutreten?

Schon ehe es zu den Reichstagsverhandlungen über die Arbeiterschutzesetzgebung kam, bewirkten namentlich die kühl ablehnenden Gutachten der Handelskammern, der Unternehmervertretungen par excellence, daß die allseitige, fast übereifrige Sympathie für die wirksame Weiterbildung der Gewerbeordnung in jenem Sinne einen tüchtigen Dämpfer bekam; die Handelskammern haben sich auch seitdem nicht mehr auf die Höhe der Anschauungen schwingen können, wie sie so anerkennenswerth einsichtig in jenen freien Unternehmervereinigungen zum Ausdruck kamen, deren durchaus wohlwollende Resolutionen wir oben andeuteten. Dabei entwickelten sich manche von ihnen in ganz groteske Widersprüche: es war z. B. der Handelskammer zu Dresden vorbehalten, sich in einem Athem für eine Beschränkung der Arbeitszeit in Fabriken auf 12 Stunden, aber gegen die Einführung eines Maximalarbeitstages zu erklären, ohne zu sehen, daß das Eine das Andere aufhebt! Ebenso bezeichnend für die gewissenhafte Art und Weise, wie „berufene“ Organe einzelner Interessentkreise oder der öffentlichen Meinung überhaupt an die Prüfung der zu Gunsten der Arbeiter gemachten Vorschläge herangingen, war es, daß in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ sowohl als in der „Elberfelder Zeitung“ aus Berlin datirte Korrespondenzen er-





schiene, in denen von „Arbeiterkammern“ gesprochen und behauptet wurde, daß dieselben „ja immer nur Vertreterinnen der einen Partei bleiben würden“ und daß „man nicht verlangen könne, daß sich die andere Partei willenlos den Entscheidungen jener fügen solle.“ Hätte sich der betreffende Korrespondent die Mühe genommen, wirklich in den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, den wir deshalb im Anhang bringen, hineinzublicken, so hätte er gesehen, was wir längst wissen: daß die „Arbeitskammern“ — nicht Arbeiterkammer — in der That die Vertreterinnen beider Parteien, der Arbeiter und der Unternehmer sein sollen.

Verhältnismäßig am treuesten blieb dem Gedanken einer wirksamen Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung in und nach den Reichstagsverhandlungen neben den eigentlichen Vertretern der Arbeiter die Volkspartei: sie erklärte im Reichstage durch den Abgeordneten Grohé, daß sie nach wie vor für die Besserung der Arbeiterverhältnisse durch Einführung eines Maximalarbeitstages und Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit sei. — Schon viel weiter zog sich die Fortschrittspartei zurück: der Abgeordnete Baumbach glaubte in ihrem Namen die Arbeiterschuttkommission, der sämtliche Anträge überwiesen waren, sehr vorsichtig davor warnen zu müssen, „daß sie in ihrem Bestreben, für die Wohlfahrt der Arbeiter zu sorgen, nicht zu Resultaten komme, die das Gegentheil sind und zu einer erheblichen Beschränkung der freien Bewegung im Gewerbeverkehr führen“; er wies darauf hin, welche „Unzuträglichkeiten“ in der Praxis bereits die für die jugendlichen Arbeiter vorgeschriebenen Arbeitspausen im Gefolge hätten; daß die Frauenarbeit in neuerer Zeit sehr zugenommen habe, müsse er bestreiten, eher sei das Gegentheil der Fall (!!); der Maximalarbeitstag biete „sehr erhebliche Schwierigkeiten“ und werde sich besonders in Zeiten,



wo viel Arbeit in einzelnen Industriezweigen sei, z. B. um die Weihnachtszeit, schwer durchführen lassen; „ich hoffe“, so schloß der fortschrittliche Abgeordnete sehr erbaulich, „daß die Kommission bei ihren Berathungen vor Allem den eigentlichen Arbeiterschutz, den Schutz gegen Krankheit und Unfall, im Auge behalten wird.“ Der Schutz gegen Krankheit und Unfall ist also dem „Freisinn“ der „eigentliche“ Arbeiterschutz! Ein Zitat aus dem „Deutschen Reichsblatt“, das die fortschrittliche Sozialpolitik in den Provinzen verbreitet, die Sonntagsruhe betreffend, ergänze dieses freisinnige Glaubensbekenntniß: „Ein allgemeines Gesetz für Deutschland ist nur möglich, wenn den Behörden die weitestgehenden Befugnisse zu Ausnahmen gegeben werden. Diese Befugnisse werden recht oft unrichtig angewendet werden. . . Nicht mit einem Schlage, sondern allmählig muß die Sonntagsruhe ausgedehnt und die Mitwirkung der Gesetzgebung muß dabei nur in so weit in Anspruch genommen werden, als der Zweck nicht auf andere Weise erreicht werden kann. . . Die Sonntagsruhe muß Volksitte (!) werden, von welcher nur in seltenen Fällen abgewichen wird.“ In der Arbeiterschutzfrage waren schließlich auch einmal wieder die Gewerksvereine des Herrn Dr. Max Hirsch, die ja von jeher nur als ein Anhängsel der Fortschrittspartei zu betrachten waren, ein Herz und eine Seele mit den Freisinnigen: ihr Anwalt bezeichnete in einer behufs Stellungnahme der deutschen Gewerksvereine zur Arbeiterschutzgesetzgebung zu Beginn dieses Jahres in Berlin abgehaltenen Versammlung die von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Arbeitsämter als Utopien; Landrath Baumbach warnte auch hier davor, durch allzugroßes (!) Wohlwollen gegen die Arbeiter Etwas zu schaffen, was sie in seinen Konsequenzen schließlich schädige; Niemand sei im Stande, dem Unternehmer eine bestimmte



Arbeitszeit vorzuschreiben, und er kenne viele Fabrikanten, die so vermögend seien, daß sie ohne Schaden ihren Betrieb einstellen und von ihrem Gelde zu leben vermöchten: was dann? Der logische Schluß von Verhandlungen, die in solchem Geiste gepflogen wurden, war eine lange Resolution, die sich für einen Maximalarbeitstag — „mit Hilfe der Arbeiterorganisationen und der fortschreitenden Sitte“, aber beileibe nicht mittels der Gesetzgebung, aussprach. Das war denn beinahe dasselbe, wie es der „Zentralverband deutscher Industrieller“ in einem Beschlusse ausdrückte, in welchem er sich zuerst auf seine stets bewährte Bereitwilligkeit berief, das Loos der Arbeiter „bestens“ zu gestalten, um sodann warnend davon zu sprechen, wie es „den Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter gleichmäßig zum Schaden gereichen müsse, wenn unaufhörlich gesetzgeberische Versuche im Reichstage unternommen werden ohne genügende Vorbereitung“, und zu schließen mit dem offenen Geständniß: „Ferner erklärt der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in Erwägung, daß Mißbräuche, die vereinzelt vorkommen mögen, in anderer Weise beseitigt werden können, sich schon jetzt gegen die generelle Begrenzung der Arbeitszeit erwachsener männlicher Personen.“ Selbst der bekannte Großindustrielle Stumm konnte auf der letzten berliner Generalsynode nicht umhin, sein lebhaftes Bedauern über diesen kurzsichtigen Beschluß des „Zentralverbandes“ auszusprechen. —

Von dem Rückzuge auf der ganzen Linie konnten sich natürlich die Nationalliberalen nicht ausschließen. Sie hatten ja mit ihrem Antrag Buhl gleich von vornherein die Absicht verrathen, die ganze Sache zu verschleppen. Aber selbst ihr Vorschlag kam im Reichstag nicht mehr zur Verhandlung. Durch wessen Schuld? Es hatte in den Händen der klerikal-



konserverativen Mehrheit gelegen, in der letzten die Arbeiter=schutzgesetzgebung betreffenden Sitzung des Reichstages eine Abstimmung über den Kommissionsvorschlag herbeizuführen, der wenigstens die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe als einstweilige Abschlagszahlung plante. Statt dessen wurde die Verhandlung von der Mehrheit vertagt. Wäre es ihr Ernst mit der gesetzlichen Sonntagsruhe gewesen, so hätte sie gegen die Vertagung gestimmt und es hätte sich zeigen müssen, ob die Regierung im Bundesrath gegen den Reichstagsbeschluß auftreten wollte.

Es war die Haltung der Regierung, die maßgebend für die Mehrheitsparteien geworden war; und wenn auch konservative wie klerikale Redner und Blätter die Stellungnahme des Reichskanzlers zur Arbeiterschutzgesetzgebung geradezu verurtheilten, wenn Schorlemer=Altst sogar sagen durfte, der Reichskanzler scheine ihm in dieser Frage auf deutsch=freisinnigem Boden zu stehen — die bekannte Rede des Kanzlers über die Arbeiterschutzgesetzgebung in der Reichstagsitzung vom 15. Januar 1885 schlug durch und gebot vorläufig allen Weiterbildungsbestrebungen ein strenges „Halt!“ Der Haupt= und Grundgedanke dieser Kanzlerrede war bekanntlich folgender: sowohl ein Maximalarbeitstag als das Verbot der Sonntagsarbeit werden den Lohn der Arbeiter noch mehr verringern und sie deshalb schädigen, statt fördern. Die Freunde dieser Maßregel „würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen thun“, so meinte Herr von Bismarck, „wenn sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher ausdrücken und die Weisheit, in deren Besitz sie bisher sind und in deren Besitz sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mittheilen wollten, damit wir uns danach richten können.“ — „Mein Latein ist dabei zu Ende“, schloß der Kanzler, „ich gestehe aufrichtig, daß ich



nicht weiß, wie diese Schwierigkeiten, die Sie in wenigen Monaten in dieser Session für überwindbar halten und deren Lösung Sie von der Regierung verlangen — wie die gelöst werden sollen." Dieses Votum sei noch durch einige bezeichnende Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, bekanntlich Bismarck's Organ, illustriert. Das allseitige Eintreten der Arbeiter in Versammlungen und Petitionen für das von den Sozialdemokraten eingebrachte Arbeiterschutzgesetz erscheint dem hoch officiösen Blatte als „agitatatorische Aufhebung“ und „politische Ausschreitung“. Sodann gehe der Entwurf viel zu weit: er beschränke die „persönliche Freiheit“ der Arbeiter. In Bezug auf die geplanten Arbeitsämter endlich äußert sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie folgt: „Man braucht gerade kein großer Pessimist zu sein und kann doch zu der Meinung kommen, daß die Arbeitsämter, so wie sie in dem Antrage konstruiert sind, . . . sich kaum jemals über positive Beschlüsse einigen würden.“ — „Da die Arbeitsämter auf Grund allgemeiner gleicher direkter Wahlen der Unternehmer und der Arbeiter aus Beiden gleich stark formirt werden sollen, dürfte gerade der Arbeiterschutz ein Gebiet sein, auf welchem etwas Positives kaum durch dieselben je zu Stande kommen dürfte.“ — „Kämen aber wirklich solche positiven Beschlüsse der Arbeitsämter zu Stande, so darf man sich nur daran erinnern, daß zwischen 100 und 200 derselben errichtet werden sollen, um ermessen zu können, welche Buntschichtigkeit auf diesem für die allgemeinen Interessen so wichtigen Gebiete in Kürze Platz greifen dürfte. Berlin würde z. B. 6—12 Arbeitsämter zu bilden haben; da könnte es sich doch sehr leicht ereignen, daß in einem Hause hinsichtlich des Maßes von Arbeiterschutz ganz andere Bestimmungen gelten könnten, als in dem daneben belegenen, und das dürfte denn doch



zu unerträglichen Zuständen führen.“ Wir haben mit diesen Sätzen noch die sachlichsten Einwürfe von offiziöser Seite herausgegriffen.

Ein Wunder, daß sich die Regierung nach Schluß der Reichstagsession doch noch entschloß, wenigstens der einen der angeregten Fragen, der Sonntagsruhe, näher zu treten — freilich zunächst nur durch die Enquête, die noch im Gange ist, während wir diese Zeilen schreiben. Im Mai tauchten die ersten Andeutungen dieser Maßregel in den offiziellen Blättern auf. Die Untersuchung soll sich auf die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen 1. in der Groß- und Fabrikindustrie, 2. im Handwerk, 3. im Handelsgewerbe erstrecken; durch die Ermittlungen soll festgestellt werden:

- a) in welchem Umfange thatsächlich die fragliche Beschäftigung vorkommt;
- b) ob und inwieweit eine Beschränkung derselben ohne Schädigung berechtigter Interessen möglich ist.

Vorgenommen werden die Ermittlungen durch die einzelnen Bundesregierungen bez. deren Verwaltungsbehörden. Ihr Ergebnis sollte zuerst spätestens bis zum 1. Oktober dem Reichskanzler vorliegen. Die einzelnen Fragen, deren genaue Beantwortung insbesondere gewünscht wird, können wir hier nicht im Wortlaut wiedergeben; es sei nur erwähnt, daß die Fragestellung manchmal recht kompliziert zu nennen ist. Der Umstand, daß die Erhebungen durch die einzelnen Bundesregierungen vorgenommen werden, hat wieder im Gefolge, daß die Methode eine ungleichmäßige wird: so sind, wie es scheint, im Königreiche Sachsen die Handels- und Gewerbekammern ausschließlich, also nur die Unternehmervertretungen, mit den Ermittlungen betraut worden; in Bayern dagegen die Fabrikinspektoren. Nur in Preußen



hat, soweit wir sehen können, der Petitionssturm der Arbeiter auf die Enquête, die sich ebenso fang- und klanglos wie anderweit vollziehen zu sollen schien, insofern eingewirkt, als auch Arbeiter und Arbeitervereinigungen gehört, und auf amtlichem Wege Versammlungen von Unternehmern und Arbeitern anberaumt werden, in welchen die Frage der gewerblichen Sonntagsruhe diskutiert wird. Wieviel beeinflusste Antworten freilich selbst auf diesem Wege noch unterlaufen werden, davon giebt ein kürzlich versandtes und „streng vertrauliches“ Zirkular des Vereines der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln einen Begriff, in dem der Vorsitzende die Vermuthung ausspricht, „daß die Regierung, ohne Kenntniß geeigneter Arbeiter“, es nicht unliebsam aufnehmen werde, „wenn seitens der Industriellen solche Personen namhaft gemacht würden“; er beehrt sich schließlich, an die Unternehmer des Vereines „das Ersuchen zu richten, nur solche Personen aus Ihrem Arbeiterstande namhaft zu machen, welchen Sie ein Urtheil über die Frage zutrauen.“ Dazu stimmt es dann, wenn sich die „Kölnische Zeitung“ eben aus Berlin telegraphiren läßt, daß man in Regierungskreisen überrascht sei (!) von der namentlich in der letzten Zeit erfolgten Zunahme ablehnender Gutachten. Und doch haben sich, so weit darüber bereits Nachrichten in die Deffentlichkeit bringen konnten, abgesehen natürlich von den Gutachten der Handels- und Gewerbekammern, von denen man als Vertretern der Unternehmer nur eine ablehnende Antwort erwarten konnte, gewichtige Stimmen für die Sonntagsruhe erheben können: der Stadtmagistrat in München, viele der von den Behörden veranstalteten Konferenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern u. A. m., sowie jede Arbeitervereinigung, an die man sich gewandt, haben sich im günstigen Sinne geäußert.



5.

**Schlußwort.**

Wir haben uns bisher bemüht, so sachlich wie nur möglich, den Stand der hochwichtigen Angelegenheit nach allen Seiten hin klar zu legen. Erst dem Schlußworte haben wir eine Beurtheilung des Gegenstandes vorbehalten. Dieselbe muß, will sie fruchtbringend sein, von der vollständigen, unverschleierte[n] Erkenntniß unserer gegenwärtigen sozialen und politischen Lage ausgehen.

Unser gesamntes Erwerbsleben spielt sich nicht in einer fortwährenden „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, wie dies ja auch Niemand mehr im Ernste behauptet, sondern in einem ewigen Kampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter ab. Nicht der wachsende Egoismus der beiden sich gegenüberstehenden Klassen von Besitzenden und Besitzlosen hat diesen Kampf hervorgerufen, sondern die fortschreitende Wirthschaftsentwicklung selber. Ihre Signatur ist: Umsichgreifen der Maschinenproduktion in jedem Erwerbszweige. Das würde aber an und für sich noch nicht genügen, um jenen Kampf zu entfesseln. Sene rasch zunehmende Maschinenproduktion wird mit Privatkapitalien, in Privatfabriken betrieben. Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz überflügelt aber immer die mit größerer Kapitalkraft ausgestattete, deshalb mit vollkommeneren Maschinen und großartigerem Betriebe arbeitende Fabrik sehr rasch die unter ihr stehenden kleineren: sie bringt die Waaren ihrer Branche so viel billiger und besser auf den Markt, daß ihre kleineren Konkurrenten nicht mehr auf ihre Kosten kommen und den Betrieb einstellen. Mit dem fest angelegten Kapital derselben, mit Grund und Boden, Gebäuden und Maschinen arrondirt sich nun zu billigem Preise der Großbetrieb zu noch größerem



Umfange; ein Theil des höheren und niederen Personales der besiegten Betriebe findet ebenfalls im vergrößerten Großbetriebe Anstellung — der übrige wird beschäftigungslos und vermehrt das Angebot der Arbeitskräfte. Wo aber eine Branche noch nicht so fortgeschrittene Maschinenproduktion besitzt, vollzieht sich zunächst derselbe Prozeß zwischen Fabrik und Handwerk; die Fabrikation nimmt dem Handwerker einen Artikel nach dem anderen weg, macht ihn im günstigsten Falle zu ihrem Fabrikarbeiter, degradirt ihn zum Theil zum Flickarbeiter und setzt die Uebrigbleibenden völlig außer Beschäftigung. Die Klagen über den Untergang des Handwerkes sind so berechtigt wie aussichtslos. Wir stehen somit einer sich immer deutlicher abzeichnenden Spaltung unserer erwerbsthätigen Bevölkerung gegenüber: der Spaltung in einen verhältnißmäßig kleinen Theil reicher, kapitalmächtiger Unternehmer, und in die ungeheure Masse der auf ihren Lohn angewiesenen Industriearbeiter. Wir sind bei derselben Phase der Entwicklung angelangt, die England viel früher schon den fürchterlichen Ruf eingetragen hat, das Land zu sein, wo der Reichthum am ungleichmäßigsten vertheilt ist, wo eine Minderzahl von Millionären einem Heer von Proletariern gegenübersteht. Es ist das Schicksal aller modernen Industriestaaten, das auch wir theilen müssen. Und mit ihm haben wir auch jenes furchtbare eherne Lohngesetz übernommen, das seitdem mit seiner herben Last auf den Schultern unseres arbeitenden Volkes liegt und von keinem Nationalökonom mehr geleugnet wird. Dieses Gesetz ist die naturgemäße Folge jener modernen Erscheinung, daß mit der raschen vervollkommnung der Maschinerie, des Fabrik- und Großbetriebes im Privatbesitze immer mehr „Hände“ frei werden. Kein Unternehmer und Kapitalist kann natürlich mehr Arbeiter bei seinen Maschinen beschäftigen, als unumgänglich zu deren



Bedienung nothwendig sind; er würde sich sonst seinen Betrieb unnöthigerweise vertheuern und auf dem Markte, auf den er ja angewiesen ist, mit seinen kostspieligen Produkten nicht konkurriren können. Aber es kommt noch etwas Weiteres hinzu. Da kein einzelner Unternehmer die Produktion seiner gesamten Branche genau übersehen kann, Keiner genau von dem Anderen weiß, und doch Jeder das Bestreben hat, einer sich in der Ferne zeigenden Konjunktur mit massenhafter und deshalb billigerer Produktion zu begegnen, so entsteht jenes Hasten und Treiben innerhalb jedes modernen Produktionszweiges, das von einem schon oben angeführten konservativen Blatte bei Gelegenheit der Debatten über die Arbeiterschutzgesetzgebung so treffend geschildert wurde. „Das Wort Export wirkt auf unsere Industrie bald wie eine Peitsche, die sie zu der übermäßigsten Anspannung treibt, bald wie eine Straßenwalze, die jede vernünftige Vorstellung sittlichen oder volkswirtschaftlichen Inhalts niederdrückt. Man opfert Alles, um den Konkurrenten auf dem sogenannten Weltmarkte zu schlagen.“ Nur ist der Zusatz nöthig, daß nicht die „Industrie“ im Allgemeinen, sondern lediglich ihre Arbeiter zu jener übermäßigen Anspannung angehalten werden, und daß es ebenfalls die Arbeiter sind, die zunächst „geopfert“ werden, „um die Konkurrenten auf dem sogenannten Weltmarkte zu schlagen“. In solchen Zeiten der Hatz brauchen verhältnißmäßig wenig neue Arbeitskräfte hinzuengagirt zu werden: die schon beschäftigten arbeiten mit Ueberstunden, Nacht- und Sonntagschichten. Und wenn sie sich in einer solchen „guten“ Periode abgerackert haben, dann ist auf einmal die Ueberproduktion da, dann ist der Markt übervoll geworfen mit Waaren und dann stockt aller Absatz so, daß es dem Unternehmer bange wird: er muß die Produktion einschränken wo und wie es nur geht — zuerst Lohnreduktion,



dann Arbeiterentlassungen, und der Arbeiter ist es wieder, der die Regellosigkeit der Produktion, die moderne permanente Krise mit seinem Elende bezahlt. Diese Weisheit ist bereits so wohlfeil geworden, daß sie in allen Zeitungen aus-  
geboten wird. So schrieb die halboffiziöse „Allgemeine Zeitung“ in München kürzlich in einem Artikel, der sich „Kritische Anzeichen“ betitelte: „Also Ueberproduktion und wieder Ueberproduktion! Es ist das alte Lied! Die vorwiegend Feldbau treibenden Länder bringen nach dieser Ansicht zu viel Nahrungsmittel und Rohstoffe, die Industrieländer zu viel Eisen, zu viel Bekleidungsstoffe u. s. w. hervor. Und trotz der angeblichen Ueberproduktion von allen Nothwendigkeiten und Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens herrscht in einem großen Theile der Bevölkerung aller Länder der härteste Mangel! Es ist klar, daß das Eine dem Andern widerspricht. Ueberfluß an Lebensmitteln kann es nicht geben, so lange Hunderttausende hungern, Ueberfluß an Bekleidungsstoffen nicht, so lange Millionen aufs dürrigste bekleidet sind. Allerdings schließt dies nicht aus, daß von manchen Artikeln mehr auf den Markt gebracht wird, als jemals selbst im günstigsten Falle verbraucht werden kann, und es unterliegt mithin keinem Zweifel, daß eine partielle Ueberproduktion recht wohl denkbar ist und in den betreffenden Industriezweigen große Unzuträglichkeiten hervorrufen wird. Aber von einer mehr oder minder allgemeinen Ueberproduktion zu reden, hat offenbar keinen Sinn.“ Schließlich sucht und findet der Schreiber des Artikels die Ursachen dieser Erscheinung ganz richtig „in der unangemessenen Vertheilung der Arbeits-Erträgnisse“. Damit sind wir wieder beim ehernen Lohngeetze angelangt. Die Vertheilung ist in Wirklichkeit so „unangemessen“, daß der Arbeiter gegenwärtig im Allgemeinen als Lohn stets nur Dasjenige verdient, was ihm gerade zum nothwendigsten



Lebensunterhalt bis zur nächsten Lohnzahlung genügt — manchmal mehr, manchmal weniger, aber im Allgemeinen nur dieses Quantum. Die bei Gelegenheit der Einführung des Krankenkassengesetzes bezüglich des ortsüblichen Tagelohnes gemachten Erhebungen, die schon so oft diesen Verdiensten gegenübergestellten Arbeiterhaushaltungsbudgets belegen es mit einfachen Zahlen. Unter der Herrschaft der maschinellen, kapitalistischen Produktionsweise kann es ja nicht anders sein: abgesehen davon, daß der Maschinengroßbetrieb immer mehr Hände frei macht, das Arbeitsangebot schon dadurch erhöht und den Preis der Arbeitskraft soweit herabdrückt, als nur das beschäftigungslose Mitglied der industriellen Reservearmee gehen kann, um den noch beschäftigten Arbeiter zu verdrängen — abgesehen davon, legt es ja der Maschinenbetrieb so nahe, zur leichten Bedienung dieser mechanischen Arbeiter immer billigere Kräfte, zuerst Frauen, dann jugendliche Arbeiter, schließlich Kinder heranzuziehen: dann sind wir soweit, wie im Chemnitzer Bezirke — der Mann daheim, Frau und Kinder in der Fabrik!

Solche Folgezustände modernen Industrialismus machen es schließlich dem Staate unmöglich, auch nur seine augenblicklichen Kulturaufgaben in Bezug auf die Hebung der allgemeinen Bildung und Moral zu erfüllen; wir haben dies bereits im zweiten Abschnitte unserer Arbeit angedeutet. Und doch hat er selbst noch nie die Initiative zu gesetzgeberischen Maßregeln ergriffen, die nach dieser Richtung helfend und lindernd eingreifen konnten. Das erklärt sich aus den politischen Machtverhältnissen; wir erhalten an diesem Punkte mit einem Male den Schlüssel zu seinem und der besitzenden Bürgerparteien widerspruchsvollen Verhalten den neuen Vorschlägen zur Weiterbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung gegenüber. Die bürgerlichen Parteien, die Vertreterinnen der



besitzenden Klassen, von der Volkspartei bis zum Zentrum und den Rechtskonservativen, befinden sich persönlich sehr wohl unter der oben geschilderten kapitalistischen Produktionsweise. Je unbeschränkter der Unternehmer, sei er nun deutschfreisinnig oder stockkonservativ, die Frauen- und Kinderarbeit in seinem Betriebe ausnützen kann, desto vortheilhafter vermag er zu produziren. Man kann also auch den Parteien, die diese besitzenden Klassen vertreten, nicht zumuthen, selber den Anfang mit Vorschlägen zu machen, die an diesem für sie vortheilhaften Zustande etwas ändern. Sie sind selbstsüchtige Menschen wie andere auch. Und da die Regierung sich im Wesentlichen auf diese besitzenden Mehrheitsparteien stützt, muß ihre Sozialpolitik die der besitzenden Klassen sein. Dafür haben die Arbeiter, die den unerträglichen Druck der geschilderten Zustände höchst persönlich fühlen, desto mehr Veranlassung, mit allen Kräften auf eine Verbesserung derselben hinzuarbeiten; und man soll dieses ihr Bestreben, man möge einer Partei angehören, der man wolle, oder man möge, wie wir, dem Parteitreiben völlig unbetheiligt gegenüberstehen, ebenso natürlich finden, wie das konservative der besitzenden Klassen, und es nicht mit Namen, wie „agitatorische Aufhegung“ und „politische Ausschreitung“ belegen. Im Jahre 1869 wurden im Reichstage des Norddeutschen Bundes bei Berathung der Gewerbeordnung Anträge auf das Verbot der Sonntags- und Kinderarbeit, auf Beschränkung der Frauenarbeit und Regelung der Gefängnißarbeit, sowie auf Errichtung des Instituts der Fabrikinspektoren von den Arbeiterabgeordneten Schweizer, Fritzsche und Bebel gestellt. Auf diesen ersten Anstoß hin wurde das Fabrikinspektorat fünf Jahre später eingeführt. Dann wurde im Jahre 1877 von den Arbeiterabgeordneten Fritzsche und Bebel ein dem jetzigen sozialdemokratischen Gesetzentwurfe ähnlicher Antrag



zur Gewerbeordnung eingebracht. Setzt, unter dem sich steigenden Drange der wirthschaftlichen Verhältnisse, haben nun auch die sogenannten Ordnungsparteien durch Arbeiterschutzes-Anträge mit der sozialdemokratischen Fraktion rivalisiren zu müssen geglaubt. Aber wir haben schon oben das Urtheil aus dem nicht sozialdemokratischen Lager zitiert, das ihren unvollständigen Vorschlägen wenig Bedeutung zuspricht neben dem sorgfältig ausgearbeiteten Gesetzentwurfe der Arbeitervertreter. Ueberdies hielt ja der Eifer der Nichtarbeiterparteien, wie nun leicht erklärlich ist, nicht lange an, als es die gesetzgeberische Bethätigung des guten Willens galt. Jede Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung richtet sich eben augenblicklich doch gegen die herrschenden besitzenden Klassen: der Eindruck, den die aus den gegenwärtigen Zuständen resultirenden Schäden für die allgemeine Moral und Bildung auf die Ordnungsparteien gemacht, schwand schließlich doch vor der Furcht, eigene materielle Interessen durch die Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung zu verletzen, und es blieb von all den schönen Entwürfen nichts übrig, als die — Enquête über die Sonntagsruhe, über deren Werth wir noch unten zu sprechen haben werden. Das Ergebniß der Kampagne ist also: die Arbeiter sind und bleiben darauf angewiesen, als gesonderte Partei für ihre Forderungen einzutreten, einen immer größeren Theil der Bevölkerung von der Nothwendigkeit derselben zu überzeugen und für sich zu gewinnen, um endlich mit verdoppelter Macht Dasjenige durchzusetzen, was dem werththätigen, weitaus größten Theile unseres Volkes, also auch der Gesamtheit der Nation nützt und frommt. In diesem Sinne wollen wir schließlich noch die hauptsächlichsten Arbeitervorschläge zur Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung im Deutschen Reiche einer kurzen Betrachtung unterziehen.



Wenn wir sagen: „Arbeitervorschläge“, so deuten wir schon an, daß wir uns dabei nur mit dem sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwürfe zu beschäftigen haben werden. Wir halten es hier mit dem Rechtsanwalt Heigl aus Bamberg, der auf der kürzlich stattgefundenen und bereits erwähnten bayerischen Landesversammlung der deutschen Volkspartei dem Abgeordneten Köhl-Würzburg auf sein Bedenken, sich für den Arbeiterschutzgesetzentwurf auszusprechen, weil er von den Sozialdemokraten käme und weil man dann als deren Gefolgschaft erschiene, Folgendes erwiderte: „Von Gefolgschaft kann hier gar keine Rede sein. Wir nehmen das Gute, woher es kommt, und treten damit gerade dem so bedauerlichen Parteiegoismus entgegen zum Nutzen der Freiheit. In deren Armee sind wir Alle, und nichts ist trauriger, als einer guten Sache sich nicht anzunehmen, weil man sie nicht selber gemacht hat. . . . Es kann uns nur zur Ehre gereichen wenn wir das Gute auch beim Gegner als gut anerkennen, und wird unserem Widerspruche dafür zu anderer Zeit um so größeren Nachdruck verleihen.“ Das ist eine offenere und einsichtigere Sprache, als z. B. die der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die sich von jenen Erwägungen leiten zu lassen scheint, wie sie vor einigen Jahren in einer „Amtlichen Denkschrift über den gewerblichen Nothstand und die Staatshülfe“ niedergelegt wurden und darauf hinausliefen, die Anwendung außerordentlicher Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter sehr bedenklich und gefährlich erscheinen zu lassen, da der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der bestehenden Ordnung noch stärker ertönen würde, je mehr die Regierung unter Aufgabe ihrer Grundsätze in Folge des Druckes von in Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erwies. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, stehen die von uns oben angeführten freiwillig gou-



vernementalen Neußerungen des Blattes erst in der rechten Beleuchtung. Das Blatt hält von vornherein eine sachliche und prinzipielle Diskussion des Arbeiterschutzgesetzentwurfes nicht für geboten, und bekräftigt nun Kleinigkeiten, — wie die von uns angeführten Stellen beweisen, — die mit der prinzipiellen Bedeutung des Entwurfes wenig oder garnichts zu thun haben. Es leistet damit den ihm nahestehenden Kreisen keinen guten Dienst. Da außerdem der sozialdemokratische Gesetzentwurf der vollständigste und konsequenteste ist, sich auch als der treueste Ausdruck der deutschen Arbeiterwünsche darstellt, haben wir ihn allein unserer weiteren Betrachtung zu Grunde zu legen.

Sein Schwerpunkt ist, nach den eigenen Neußerungen seiner geistigen Väter, in dem von ihm angestrebten Maximalarbeitsstage zu suchen, nicht etwa in der Festsetzung eines Minimallohnes, die bekanntlich auch nicht von allen Führern der Arbeiterpartei vertreten wird, und deshalb hier der wichtigeren Bestimmung gegenüber nicht näher erörtert zu werden braucht; der Minimallohn ist übrigens bei einzelnen Gewerken, z. B. im Tarife des Allgemeinen deutschen Buchdruckerverbandes, längst verwirklicht. Der Maximalarbeitsstag bildet erst die Krönung der Organisation, mittels deren die Arbeiter ihre Erwerbsthätigkeit geschützt und überwacht wünschen. Und mit Fug und Recht. Wir sahen oben in der zu Beginn dieses Abschnittes gehaltenen Uebersicht über unsere sozialen Zustände, daß gegenwärtig die äußerste Ausnutzung der Kräfte des Arbeiters und seiner Familie selbst für den humansten Unternehmer ein Gebot wirtschaftlicher Nothwendigkeit ist, wenn er in der allgemeinen Konkurrenzraerei noch existiren will. Hier ist zunächst einzugreifen. Diese bis an die äußerste Grenze getriebene Ausnutzung ist durch ein allgemeines Gesetz, damit alle Unternehmer zwangsweise in die-



selbe Lage versetzt werden und der Spielraum für die Konkurrenz in dieser Richtung für alle gleich bleibt, zeitlich zu beschränken im ganzen Deutschen Reiche: es ist festzusetzen, daß kein deutscher Arbeiter, auch nicht sein Weib und Kind, über ein gesundes Maß hinaus täglich und wöchentlich beschäftigt werden darf — mit den allernothwendigsten Ausnahmen natürlich. Der Tag hat 24 Stunden, 8 davon müssen nach allgemein bekannten gesundheitlichen Grundsätzen der Nachtruhe vorbehalten bleiben; es erübrigen also deren 16 — wenn von diesen sechzehn 10 Stunden der täglichen Berufsarbeit und nur 6 für die Freude und den Genuß an den Früchten dieser Arbeit bestimmt werden sollen, so ist dies doch wahrlich eine so bescheidene Forderung, daß man gar nicht weiter über sie zu debattiren braucht. Sagt doch der von uns schon citirte Arzt von Zoller in jener Abhandlung ebenfalls: „Die Hygiene hat von jeher gebieterisch verlangt, daß das erlaubte Maximum der Arbeitszeit legal festgesetzt werde. Der Normalarbeitstag von 10 Stunden wird sich bei der weiteren Ausbildung der sozialen Gesetzgebung nicht mehr umgehen lassen.“ Die allgemeine gewerbliche Sonntagsruhe — mit den allernothwendigsten Ausnahmen! — schließt dann die Woche zur Erholung und Ausspannung der Kräfte folgerichtig ab. Sie gehört gleich mit zur Festsetzung des Maximalarbeitstages. Dann erst ist die Anarchie in unserer Erwerbsthätigkeit einigermaßen gemildert. Auch dem Uebel, daß sich mit der Ausdehnung der Arbeitszeit die Betriebsunfälle vermehren, ist die Wurzel abgeschnitten. Ein beträchtlicher Theil der gegenwärtig auf den Straßen liegenden Beschäftigungslosen muß wieder zur Arbeit herangezogen werden, weil die Kraft der noch beschäftigt gewesenen Arbeiter nicht mehr durch Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit bis zum Aeußersten ausgenutzt werden darf.



Kein Unternehmer kann mehr seine Konkurrenten durch übermäßige Ausbeutung der Arbeiter aus dem Felde schlagen, weil das Gesetz für Alle gilt. Die allgemeine Erwerbsthätigkeit, die ganze Produktion wird stetiger und regelmäßiger. Der Unternehmer weiß recht gut, wann seine „Saison“ ist und wann er mit tüchtigem Waarenvorrath gerüstet sein muß. Er vertheilt daher die Herstellung dieses Waarenvorrathes unter der Herrschaft des Maximalarbeitstages auf eine längere Zeit vor der „Saison“, hegt nicht mehr sich und seine Arbeiter zu ganz bestimmten kurzen Zeiten des Jahres ab, um dann in der flauen Epoche einen Theil entlassen zu müssen, hat also außerdem die Genugthuung, eine stehendere und bessere Arbeitertruppe jahraus, jahrein zu beschäftigen. Dieser stetigere, schönere Fluß der gesammten nationalen Produktion hat aber auch noch eine sehr wohlthätige Wirkung auf den Absatz im eigenen Lande: er wird und bleibt ein nachhaltiger, gleichmäßig starker, weil die Mehrzahl aller Konsumenten, das arbeitende Volk, stetigen, dauernden Verdienst hat. Denn — und hier kommen wir zum Haupteinwurfe des Kanzlers — es ist ganz klar, daß von einem Lohnausfalle durch Einführung der Maximalarbeitszeit gar keine Rede sein kann. Der Preis der Arbeit oder der Lohn bestimmt sich nach dem Angebote von, und der Nachfrage nach Arbeit. In der modernen Maschinenproduktion (so sahen wir schon oben), die immer mehr Arbeitskräfte durch die Einführung von Maschinen freisetzt, hat dieses Spiel von Angebot und Nachfrage es bereits dahin gebracht, daß der Preis der Arbeit, der Lohn, im Allgemeinen auf das Existenzminimum des Arbeiters, auf den Gelbbetrag gesunken ist, mit dem er sich die nothwendigsten Lebensmittel verschaffen kann. Greift in diesen Zustand ein Gesetz ein, das die gewerbliche Sonntagsarbeit verbietet und



die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden beschränkt, so ist damit dem Arbeiter ein kultureller Vortheil, ein wöchentlicher Ruhetag und eine gesunde Arbeitsdauer, gesichert, aber die Faktoren, die den Preis seiner Arbeit bestimmen, treiben ihr Spiel unbehindert weiter: die Maschinen setzen nach wie vor Hände frei, das Angebot und die Nachfrage nach den Arbeitskräften regeln den Arbeitslohn und setzen ihn ebenso wie früher auf das Existenzminimum des Arbeiters fest. Der ganze Unterschied gegen früher ist der, daß mehr Arbeiter zum alten Lohne beschäftigt werden, und daß die Beschäftigten kulturell etwas mehr als früher gehoben sind, daß sie einige Mußestunden am Wochentage und einen wirklichen Sonntag haben — gewiß zwei Errungenschaften, deren Sicherung für unsere breitesten Volksschichten Jedermann mit Freuden begrüßen muß. Die Einsicht in dieses einfache Verhältniß bricht sich auch immer mehr Bahn. Wir wollen nur die schon öfter zitierte halboffizielle Münchener „Allgemeine Zeitung“ als Beleg dafür anführen. Sie sagte kürzlich: „Die Ueberzeugung, daß die Aufhebung der Sonntagsarbeit in den Betrieben, wo solche bisher üblich war, für den Arbeiter einen dem Zeitmaß entsprechenden Lohnausfall zur Folge haben werde, wurde bekanntlich mit besonderer Lebhaftigkeit vom Reichskanzler verfochten. Dagegen haben, so viel sich Arbeiter bisher in Versammlungen hören ließen, diese sich ausnahmslos für die obligatorische Sonntagsruhe erklärt und mehr oder weniger direkt ausgesprochen, daß dieselbe eine Lohnreduktion nicht zur Folge haben werde. Einen sicheren Beweis, welche Ansicht richtig ist, wird auch die Zukunft nicht erbringen (?), denn es wird sich, angenommen z. B., der Lohn sinkt nach Einführung der strengen Sonntagsruhe in einzelnen Betrieben, immer noch fragen, ob es durch dieselbe oder nur nach derselben geschehen ist.“



Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte. Zunächst wird wohl der Lohn, welcher für die Sonntagsarbeit gezahlt wurde, einfach gestrichen werden, je mehr aber der nun verbleibende Lohn dem Existenzminimum sich nähert oder gar unter dasselbe herabgeht, desto eher ist anzunehmen, daß der Lohn für die frühere Sonntagsarbeit zum größeren oder geringeren Theile den Tagelöhnen wieder zuwachsen, die Gesamtlöhne also keinen Ausfall erleiden werden. Auch wenn ein Ausfall übrig bleibt, so wird derselbe theilweise aufgewogen durch anderweitige nützliche Arbeiten, die am Sonntag vorgenommen werden können, z. B. durch Haushaltungsarbeiten der Fabrikarbeiterin, und schließlich ist der sanitäre Werth des Feierns am Sonntag ein kleines Opfer an Arbeitslohn werth." Man sieht, wie in dieser Aeußerung bereits ein großer Theil der Wahrheit durchbricht. In der Wirklichkeit läßt sich sogar das gerade Gegentheil der Behauptung des Reichskanzlers nachweisen. In einer vor Kurzem ausgegebenen Statistik des Zentralverbandes der deutschen Tischlervereine wird nämlich das Gesetz ganz evident, daß bei Verlängerung des Arbeitstages der Arbeitspreis, d. h. zunächst der Preis der Arbeitsstunde sinkt, und schließlich auch der Gesamtpreis der Wochenarbeit, d. h. der Tag- und Wochenlohn. Dies ist auch der Grund, warum die Aeffordarbeit von den Arbeitern „Mordarbeit“ genannt wird: bei ihr wird der Arbeiter veranlaßt, seine Kräfte weit über eine vernünftige Arbeitszeit hinaus zur Erlangung höheren Verdienstes anzustrengen; hat er letzteren durch diese Ueberanstrengung einige Wochen lang erzielt, so gewahrt der Unternehmer, daß der Arbeiter in der Woche ein größeres Quantum Arbeit liefern kann, freilich dafür bisher auch einen höheren Verdienst bezog: er setzt nun diesen Verdienst auf das sonst im betreffenden Gewerbe übliche Existenzminimum herab, verlangt



aber die größere Leistung dafür. So müssen sich die Arbeiter unter diesem Systeme immer mehr abrackern, aber abrackern für das alte, kaum zu erreichende Existenzminimum.

Unsere Nachbarn ringsum sind sich über den Segen der Maximalarbeitszeit theoretisch und praktisch völlig klar. So spricht sich ein angesehenes Blatt der liberalen Bourgeoisie in der Schweiz, der „Bund“, trefflich folgendermaßen aus. „Gleichmäßige Einschränkung der Arbeitszeit in allen Ländern und strengstes Verbot für die Fabrikanten, die Arbeitszeit nicht über das gesetzliche Maß auszudehnen, das ist das einzig wirksame Mittel gegen die industrielle Ueberproduktion. . . Das also ist's, was man mit allen Mitteln anstreben soll. Abgesehen von der Entstehung neuer Fabriken und Erweiterung der alten zu Zeiten guten Geschäftsganges geht das Bestreben dahin, immer vollkommene Maschinen zu konstruieren, die bei gleichzeitiger Mehrleistung auch menschliche Arbeitskraft ersparen sollen, und der Fabrikant sieht sich so zu sagen gezwungen, stets die besten davon anzuschaffen, um durch massenhafte Herstellung der Fabrikate mit wenig Arbeitskräften seine Konkurrenten in Billigkeit der Preise überbieten zu können. Schließlich muß auch noch für diesen Zweck der Lohn der Arbeiter mit herhalten, trotzdem diese ja schon manchenorts zu wenig zum Leben haben. Wie soll das enden, wenn immer mehr produziert wird und weniger Arbeiter gebraucht werden! Mit der Zeit werden sich die Regierungen doch gezwungen sehen, hier ein kräftiges „Halt!“ zu gebieten, wenn die Menschheit nicht an ihren eigenen technischen Fortschritten zu Grunde gehen soll. Auf keine andere Weise dürfte es aber erfolgreicher geschehen, als daß man, je mehr die maschinelle Thätigkeit zunimmt, die Arbeitszeit in der ganzen Welt entsprechend verringert. Fortgesetzt geregelte Arbeit ist doch zehnmal besser, als einmal eine Zeit



lang übertriebenes Arbeiten und dann wieder Darben, wie es bei der heutigen Produktionsweise in den meisten Ländern der Fall ist. Jedermann würde das bald einsehen lernen. Die Fabrikanten könnten dann wieder lohnendere Preise erzielen und den Arbeitern gereichte die maschinelle Produktion durch ihre Erleichterung der Arbeit erst dann zum Segen. Wenn ihnen indes die Maschinen das Brot je länger, desto mehr wegnehmen, dann werden die Maschinen für sie zum Elend! Für uns in der Schweiz, die wir bereits eine geregelte Arbeitszeit besitzen, ist es ganz besonders wichtig, daß alle Länder, je eher je besser, zu einer internationalen Fabrikgesetzgebung sich verstehen. Darum möchten wir den Bundesrath ermuntern, zur Einführung einer solchen so viel als möglich beizutragen, und durch momentane Ablehnungen anderer Regierungen sich nicht abschrecken zu lassen. Einmal wird und muß sie kommen." Wie oft schon ist an den Reichskanzler das gleiche Ansinnen gestellt worden; er könnte seinen mächtigen diplomatischen Einfluß hier in einer Weise geltend machen, daß ihn Millionen dafür segnen würden. Einstweilen bereiten die einzelnen Länder innerhalb ihrer Grenzen den Boden. Die Aeußerungen der Fabrikinspektoren der Schweiz über die segensreichen Wirkungen des dort eingeführten, noch etwas zu lang bemessenen elfstündigen Normalarbeitstages sind in ihren Berichten für 1882 und 1883 nachzulesen. Selbst Rußland ist soeben in der Sozialreform vorangegangen und hat in Fabriken für Minderjährige und Frauen die Nachtarbeit gänzlich verboten. Ferner wurde im Mai dieses Jahres ein Antrag auf gesetzliche Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit in den Bäckereien vom norwegischen Odelsthing angenommen. Nach ihm soll, da die freie Vereinbarung der Arbeiter nicht vor Ueberzeit



schütze, die Thätigkeit der Bäckereien an Feiertagen und von 8 Uhr Abends bis 3 Uhr Morgens verboten werden. Und in Amerika ist der Gouverneur von Maryland, Mac Lane, ein beredter Fürsprecher der einschlagenden Arbeiterforderungen. Er erließ im letzten Jahre an die Gesetzgebung seines Staates eine Botschaft, worin er die Einführung eines Maximalarbeitstages von 8 Stunden forderte. Die Arbeiter jubelten ihm zu, die Fabrikanten wollten ihn stürzen. Er antwortete seinen Gegnern u. A. Folgendes: „Die vorgeschlagene Gesetzgebung ist wichtiger als irgend eine andere, welche vorliegt. Nichts macht eines Mannes Urtheil zu einem blinderen, als die Sucht nach Gewinn, und wenn die Arbeiter warten, bis die Kapitalisten ihre Lage verbessern, dann können sie warten bis zum jüngsten Tage.“ Dem entspricht es, wenn das Comité der internationalen Vereinigung der Gewerkschaften an alle Arbeitervereinigungen von Nordamerika eine Aufforderung erließ, für Einführung des achtschündigen Arbeitstages vom 1. Mai 1886 ab zu agitiren. Ja, man meldet eben aus der neuen Welt, die uns ja in der industriellen Entwicklung das entsprechende Stück voraus ist, daß dort schon vielfach für eine Ausdehnung der Sonntagsruhe auf den halben Sonnabend plaidirt wird. Wie nimmt sich dem gegenüber die Enquête über die Sonntagsruhe im Deutschen Reiche aus! Sie will die Folgezustände modernen Industrialismus, die doch klar zu Tage liegen, erst zweifelnd feststellen! Und noch spricht man von einer „überraschenden Zunahme ablehnender Gutachten“, wenn man der Hauptsache nach Unternehmer, aber nicht Arbeiter fragt! Neuerdings verlautet übrigens, daß der Endtermin der Untersuchung bis zum 1. Januar 1886 hinausgeschoben werden soll. Vielleicht überzeugt man sich in dieser Zeit, daß die wirthschaftliche Wirklichkeit eine etwas



vielseitigere Methode der Erforschung erfordert, und daß die Stimmen der hauptsächlich interessirten Arbeiter etwas gewichtiger sind, als die der voreingenommenen Unternehmer, wenn es eine zu Gunsten der Ersteren durchzuführende Maßregel gilt. Hat doch die Macht der Thatfachen eben wieder eine Unternehmervertretung gezwungen, sich für die gewerbliche Sonntagsruhe in Verbindung mit einem Maximalarbeitstage auszusprechen: wir lesen im Augenblicke, daß die unterfränkische Handels- und Gewerbekammer, nachdem sie für ein auf Grund eines Reichsgesetzes zu erlassendes grundsätzliches Verbot der Beschäftigung industrieller Arbeiter an Sonntagen gestimmt hat, ihr Gutachten mit der Ansicht schließt, „daß das Verbot der industriellen Sonntagsarbeit nur dann seine segensreichen Wirkungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer voll entfalten kann, wenn gleichzeitig mit ihm ein gesetzlich fixirter Maximalarbeitstag eingeführt wird“. Wird der Reichskanzler nun befehrt sein? —

Wir gelangen nunmehr zur zweiten Hauptbestimmung des sozialdemokratischen Arbeiterschutzesentwurfes, zu derjenigen, welche die Frauen- und Kinderarbeit betrifft. Da möchten wir eine aktuelle Notiz voranstellen. Die Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken soll nämlich auf der diesjährigen Versammlung der Naturforscher und Aerzte zu Straßburg Gegenstand der wissenschaftlichen Debatten werden. Für letztere hat Medizinalrath Dr. Röttmiz aus Greiz, der bekannten thüringer Fabrikstadt, folgende Sätze aufgestellt.

1. Der Ueberbürdung der Arbeiterinnen und Kinder in den Fabriken muß durch geeignete Gesetzesbestimmungen entgegengetreten werden.
2. Aus hygienischen Gründen ist zu verlangen, daß Arbeiterinnen vor vollendetem achtzehnten Lebensjahre in Fabriken nicht beschäftigt werden.



3. Schwangere Arbeiterinnen sind von der Arbeit in Fabriken auszuschließen.
4. Wöchnerinnen dürfen vor Ablauf von vier Wochen nach der Entbindung in Fabriken nicht wieder zur Arbeit herangezogen werden.
5. Für solche in Fabriken arbeitende Mütter, welche noch unerzogene Kinder zu Hause haben, ist eine mehrstündige Mittagspause und am Abend ein früherer Schluß der Arbeit zu verlangen.
6. Bezüglich der in Fabriken beschäftigten Kinder erweisen sich die derzeitigen reichsgesetzlichen Bestimmungen als ungenügend.

Diese auf Grund der Gesundheitslehre aufgestellten Forderungen gehen zum Theil noch über diejenigen des sozialdemokratischen Arbeiterschutzes hinaus. Der letztere kennt — wir resumiren noch einmal — für weibliche Arbeiter lediglich das Verbot regelmäßiger Nacharbeit, der Beschäftigung auf Hochbauten und unter Tag; Wöchnerinnen sollen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen acht Wochen nicht beschäftigt werden; jugendliche Hilfspersonen beiderlei Geschlechts von unter 14 Jahren dürfen gar nicht, von 14—16 Jahren nur 8 Stunden täglich arbeiten, und sollen ebenfalls keine regelmäßige Nacharbeit thun. Sind diese Arbeitervorschläge nicht bescheiden zu nennen gegenüber jenen ärztlichen Forderungen, die lediglich vom Standpunkt der Gesundheitslehre, ohne Rücksicht auf die Unternehmer, aufgestellt sind? Diese Nebeneinanderstellung überhebt uns eigentlich bereits jeder weiteren Befürwortung dieser Bestimmungen des sozialdemokratischen Arbeiterschutzes. Zu ihrer Illustrirung möge jedoch noch ein Auszug aus einer interessanten Studie der „Konservativen



Monatschrift" dienen, welche die neuesten amtlichen Erhebungen über die Kinderarbeit in Deutschland berücksichtigt und unsere Angaben vom Darmstädter Lehrertage vervollständigt. Nach ihr sind im Deutschen Reiche nicht weniger als 460 474 Kinder unter 15 Jahren durch die Verhältnisse auf eigene Füße gestellt und gezwungen, von ihrer Hände Arbeit zu leben. Davon sind 143 262 in der Industrie thätig, 28 629 von ihnen gehören dem weiblichen Geschlechte an, und es giebt fast keinen Industriezweig, in welchem nicht Kinder überhaupt beschäftigt wären. Hervorzuheben ist, daß im Bergbau und Salinenwesen, welches 441 500 Personen überhaupt beschäftigt, allein 5500 Kinder arbeiten. In Ziegeleien, Porzellanfabriken und Glashütten sind 5744 Kinder beschäftigt, von denen ein großer Theil im elterlichen Hause mit der für die Entwicklung der Athmungsorgane so nachtheiligen Glasblaserei betraut ist. In der chemischen Industrie werden zur Fabrikation von Zünd- und Explosivstoffen 326 Kinder verwendet; in dieser Branche ist die Kinderarbeit verhältnißmäßig am meisten entwickelt. In der Spinnerei als Hausbetrieb arbeiten 734, in den Fabriken 6942 Kinder, und daneben 34 000 Personen im Alter von 15—20 Jahren, während sich nur 31 000 Spinner auf die Altersklasse von 20—30 Jahren, und gar nur 15 700 auf die von 30—40 Jahren vertheilen. Und an diesen Zahlen hat wiederum das weibliche Geschlecht den größten Antheil, da bis zum Alter von 30 Jahren noch 20 000 Spinnereiarbeiterinnen, und weitere 6995 im Alter zwischen 30 und 40 Jahren thätig sind. Ähnlich in der Weberei. Solche unnatürliche Verhältnisse erklären es, daß die Kindersterblichkeit Schlesiens, des Weberlandes, eine erschreckend hohe ist. Sie ist in den letzten Jahren sogar noch gewachsen: im Regierungsbezirke Breslau nämlich von 277



pro Mille der Lebendgeborenen im Durchschnitt der Jahre 1876/80 auf 290 im Jahre 1883; im Regierungsbezirke Siegnitz während des gleichen Zeitraumes von 288 auf 296 pro Mille; im Regierungsbezirke Oppeln von 211 auf 226 pro Mille, in der ganzen Provinz von 255 auf 266 pro Mille. Das sind schon sehr bedauerliche Zahlen. Geradezu fürchterlich aber lauten die statistischen Mittheilungen aus den Sitzen der eigentlichen Großindustrie. Die Kreise Beuthen und Waldenburg haben eine sehr dichte, vorzugsweise in Berg- und Hüttenwerken beschäftigte Bevölkerung: die Kindersterblichkeit betrug in beiden über 430 pro Mille der Lebendgeborenen. Die Bevölkerung des Kreises Landeshut ist namentlich in der Textilindustrie thätig: die Kindersterblichkeit betrug 486 pro Mille! Und die Kinderarbeit steigt nach den allerneuesten Berichten der Fabrikinspektoren überall stetig weiter! Die übrigen Industriezentren des Deutschen Reiches müssen also ähnliche Verhältnisse, wenn nicht schon aufweisen, so doch bekommen. Für sie läßt uns die Statistik leider im Stiche, ebenso für die Wirkungen der Frauenarbeit. Dafür mögen die Beobachtungen des besten schweizer Inspektors, des Dr. Schuler, ergänzend eintreten. Nach ihnen steigt die Kindersterblichkeit eines Kantons um so höher, je mehr dessen Bevölkerung in Fabrik- und Manufakturgewerben thätig ist. In Glarus z. B. betrug von 1872—1874 die Sterblichkeit der Kinder im ersten Jahr

bei den Fabrikarbeitern . . . . . 28,5 Prozent,

bei den Bauern . . . . . 22,7       "

bei den wohlhabenden Klassen . . 12,6       "

Für einen großen Theil dieser übermäßigen Sterblichkeit macht Inspektor Schuler die Frauenarbeit in den Fabriken verantwortlich. „Die Mutter ist gewöhnlich durch die Fabrikarbeit festgehalten und in die Unmöglichkeit versetzt, sich



selbst der Pflege des Kindes zu widmen. Ihm die Mutterbrust reichen zu können, gehört so sehr zu den Ausnahmen, daß in manchen Fabrikgegenden selbst die Organe dafür bei jeder neuen Generation mehr zu schwinden beginnen. Der Säugling kommt in die Obhut eines älteren Geschwisters oder noch häufiger einer Invalidin, welche aus der Versorgung einiger Kinder ihr kärgliches Auskommen gewinnt. Da wird jedes Geschrei mit Darreichung von Nahrung oder durch den Lutscher zu stillen versucht; ein gemeinsamer Topf enthält stets gewärmt die Milch für alle, die, oft auf's Unappetitlichste verunreinigt, den Kindern dargereicht wird, bis sie, halb durchsäuert, allen widersteht." Wer nur irgend einmal in das Familienleben der Arbeiter, soweit es noch so genannt werden kann, bei uns herabgestiegen ist, wird wissen, daß diese Schilderung wörtlich auch für unsere Industriegegenden zutrifft. Die schweizerische Fabrikgesetzgebung schließt übrigens die Wöchnerinnen auf sechs Wochen von der Fabrik aus und hat damit schon viel erreicht. In Glarus hatte vor Einführung der Bestimmung Jahre hindurch die Kindersterblichkeit 29 Prozent der Geborenen betragen; nach derselben fiel sie sehr rasch auf 23 Prozent. — Es kommt hinzu, daß alle diese gesundheitlichen, sowie die auf der Hand liegenden sittlichen Schäden für die breitesten Volksschichten immer erst die eine Gruppe der unheilvollen Folgen von Frauen- und Kinderarbeit bilden. Auf der anderen Seite steht die Thatsache, daß der männliche Arbeiter, der Familienvater immer mehr aus den Arbeitsstellen verdrängt wird und schließlich froh ist, Beschäftigung zu erhalten — zum Frauen- und Kinderlohne. Solche Verhältnisse schreien um Abhilfe; der sozialdemokratische Vorschlag ist nur ein bescheidener Anfang dieser Abhilfe durch die Gesetzgebung. —



Auf die sonstigen Einzelbestimmungen des Arbeiterschutzes, die Verhältnisse des gewerblichen Hilfspersonals und die Dauer und Regelung seiner Beschäftigung betreffend, näher einzugehen, ist nicht nöthig: dieselben folgern zum einen Theile aus den eben angestellten Betrachtungen, sprechen zum andern Theile für sich selbst und sind im Einzelnen in unserem Anhang nachzulesen. Nur über den Titel IX des Entwurfes, der vom Reichs-Arbeitsamt, den Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Schiedsgerichten handelt, noch wenige Worte. Die Regierung durch den Mund des Ministers von Puttkamer hat hier in merkwürdiger Weise mit den Liberalen und ihrem wirthschaftlichen Anhängsel, den Gewerkvereinen, übereingestimmt: sie alle haben den neunten Titel des sozialdemokratischen Entwurfes als eine „Utopie“, als eine „sozialistische Organisation der Arbeit“, ja als „fast schon den letzten Schritt in den sozialistischen Staat“ bezeichnet. Wir haben diese angebliche „sozialistische Organisation“ oben kurz skizzirt; man wird zugeben müssen, daß sie nichts als eine neue, reich gegliederte Organisation der Ueberwachung der Arbeit ist, die den Arbeitern das nöthige Stück Mitverwaltung und Mitverfügung sichert, das sie in Angelegenheiten, die sie doch mindestens zur großen Hälfte betreffen, beanspruchen können. Das angebliche „Sozialistische“ erscheint dem vorurtheilsfreien Beobachter einfach als ein Popanz, der sogleich von einer unbefangenen Prüfung der bezüglichen Arbeitervorschläge abschrecken soll. Wir haben uns nicht abschrecken lassen und haben im Titel IX des Arbeiterschutzes Entwurfes mindestens die trefflich entworfenen Grundlinien einer Organisation zur Ueberwachung der gewerblichen Arbeit im Deutschen Reiche gefunden, bei deren Ausbau sich noch gar manches wird bessern und ergänzen lassen, deren Grundlinien aber, wie gesagt, so trefflich entworfen erscheinen,



wie sie es nur in völliger Anpassung an die wirthschaftliche und soziale Wirklichkeit der Gegenwart sein können. Deshalb hat es keine einzige Partei auch nur im Entferntesten versuchen können, diesem Gebäude ein anderes, besseres gegenüberzustellen: die übrigens wenig zahlreichen Einzeleinwürfe der Nichtarbeiterparteien kennzeichnen sich stets als Kleinigkeitskrämereien und Nörgeleien, denen der große, mächtige Gedanke, der die vorgeschlagene Organisation beherrscht, fremd geblieben ist. Wir haben oben einige Aeußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ angeführt: sie sind nichts als vage Vermuthungen, daß sich hie und da nach Einführung des Gesetzes ein Uebelstand herausstellen werde. Das offiziöse Blatt weiß doch aber so gut oder noch besser wie wir, wie man Gesetze behandelt, welche nach ihrer Einführung einzelne Fehler und Lücken aufweisen. Man ergänzt und verbessert dann ein solches Gesetz mit den Erfahrungen der Praxis, aber verwirft es nicht wegen solcher muthmaßlichen Fehler und Lücken völlig und von vornherein. Wollte man immer in der letzten Art und Weise verfahren, so könnte überhaupt kein Gesetz mehr geschaffen werden. Eine anderweite hübsche Probe einsichtiger Kritik lieferte ein liberales Blatt. Dasselbe mußte zunächst anerkennen, daß „die zweite Hälfte des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes . . . sehr wohl durchdacht scheint und . . . mühsam ausgearbeitet ist; aber man darf sich nicht darüber täuschen“, so fuhr es fort, „daß seine anscheinende Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern eben nur anscheinend ist. Die belebende Seele der ganzen Organisation sind die Arbeitskammern, in denen der Wille der Unternehmer — da Stimmengleichheit so viel wie Ablehnung gilt — jederzeit lahm gelegt, und gar, wenn die Arbeitermitglieder auch nur ein Unternehmermitglied auf ihre Seite ziehen, durch die ersteren allen Unternehmern des



Bezirks die Höhe des Lohnes vorgeschrieben werden kann.“ Und nun kommt jene hohle Phrase: „Daß wir damit nicht bloß den ersten, sondern fast schon den letzten Schritt in den sozialistischen Staat thun würden, bedarf keines besonderen Nachweises.“ — Zunächst liegt den Arbeitern an der im Entwurfe vorgeschlagenen Festsetzung eines Minimallohnes weit weniger, als an der Bestimmung einer Maximalarbeitszeit und der Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Sie würden eventuell die erste Forderung gern fallen lassen, wenn sie die beiden letzteren bewilligt bekämen. Sodann betrachte man aber die sonderbare Logik in der liberalen Kritik. Diese setzt voraus, nur die Unternehmer stellten Anträge. Aber die Arbeiter werden dies doch auch thun. Dann kann ebenfalls, um die Worte des liberalen Blattes anzuwenden, „der Wille der Arbeiter zu jeder Zeit“ von den Unternehmern „lahm gelegt werden“. Und wenn bei der Beschlußfassung über irgend eine Maßregel es den Unternehmern gelingt, nur einen Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, so kann diese Maßregel allen Arbeitern „aufgezwungen werden“. — Der sozialdemokratische Entwurf hofft doch eben, daß sich die Mehrzahl der in gleicher Menge vertretenen Unternehmer und Arbeiter in den Arbeitskammern über eine für den Kammerbezirk wirklich nützliche Maßregel wird einigen können, hat aber auch vorgesehen, daß ein Beschluß, welcher die Gesamtheit entweder der Unternehmer oder der Arbeiter gegen sich hat, nicht durchgehen kann. Mehr ist doch nicht zu verlangen! Aus der liberalen Auslassung geht nur recht deutlich hervor, daß sich die Liberalen noch immer nicht daran gewöhnen können, die Arbeiter als gleichberechtigt mit den Unternehmern anzusehen, und es ist gut, daß dies von Zeit zu Zeit hindurchleuchtet, damit die Arbeiter wissen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben. — Noch auf einen



Punkt sei schließlich hingewiesen: welch' treffliche Einigungsämter, wie sie namentlich von konservativer Seite zur Vermeidung der Strikes angestrebt werden, die Arbeitskammern zu bilden bestimmt sind. In der Arbeitskammer wäre ein dauernd wirksames Einigungsamt vorhanden, dem sich Arbeiter wie Unternehmer fügen müßten, und die Strikes würden in den meisten Fällen durch sie vermieden. Außerdem würde ja durch die Regelung der Produktionsweise, wie sie das Arbeiterschutzgesetz will, eine Situation geschaffen, die selbst das Eingreifen der Arbeitskammern wegen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu den Seltenheiten machte: kurz, es würde ein geregelter und geordneter wirthschaftlicher Zustand eintreten, bei welchem sich alle Theile wohler fühlten. Wir können jedem Arbeiterfreund nur das sorgfältigste Studium der Organisation der Ueberwachung der nationalen Arbeit, wie sie der sozialdemokratische Entwurf vorschlägt, empfehlen: mit der Zeit wird dann das Verständniß für die geniale Schöpfung, die sich unter Wahrung wohlerworbener Rechte den gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnissen so meisterlich in allen Abstufungen anpaßt und für unser nationales Erwerbsleben ein Reichsorgan, das Reichsarbeitsamt, schafft, immer größer und allgemeiner werden, so daß dieselbe endlich zu Nutz und Frommen unseres Volkes in das Leben treten kann.

Ein letztes Bedenken sei endlich noch beseitigt: das finanzielle. Dasselbe ist bereits an der Stelle, wo der große Plan unseres Wissens zum ersten Male öffentlich entwickelt wurde\*), so gut zurückgewiesen worden, daß wir uns hier darauf beschränken können, jene Berechnung wiederzugeben. Untersuchen wir, wie groß die Ausgaben sein würden. Wir haben

---

\*) „Neue Zeit“ (Stuttgart), 1883, S. 180.



150 Arbeitsämter mit je einem Arbeitsrath, zwei Assistenten und einem Hilfsarbeiter für die gewöhnlichen Dienste. Wir unterstellen, daß das Durchschnittsgehalt des Arbeitsrathes 4200 M., jenes der Assistenten 2400 M. und das des Hilfsarbeiters 1100 M. betrage. Die Kosten der Bureaumiethe, Feuerung, Beleuchtung, des Materials, der Druckkosten für einen Bericht, Porto, Reisespesen — die letzteren sind nicht hoch, da die Bezirke nicht groß sind und in größeren Städten und Industriebezirken dicht zusammengepackt liegen — sollen für ein Bureau jährlich 4500 M. durchschnittlich betragen. Das sind zusammen 14 600 M. für jedes Bureau, für das Reich 2 190 000 M. Wir unterstellen ferner, die Arbeitskammern — in denen der Inspektor immer den Vorsitz führt, die Assistenten beratende Stimme haben und das Protokoll führen — halten an 12 Tagen im Jahre Sitzungen; der Mann bekommt an Tagesentschädigung mit Reisekosten durchschnittlich 8,50 M. — das würde für jede Kammer jährlich 2040 M. ergeben. Wir nehmen weiter an, daß das Schiedsgericht wöchentlich einen Tag zusammenkomme, an diesem zwei Mitglieder der Arbeitskammern theilnahmen und abermals eine Entschädigung von je 8,50 M. erhielten — das machte jährlich an Schiedsgerichtskosten 884 M. In Summa an Arbeitskammer- und Schiedsgerichtskosten für das Reich 438 600 M. Wenn schließlich die Kosten des Reichsarbeitsamtes zu 200 000 M. veranschlagt werden, so ergäbe sich eine jährliche Ausgabe von zusammen rund drei Millionen Mark, also dem hundertsiebzigsten Theile Dessen, was alljährlich das Reichs-Militärbudget an ordentlichen und einmaligen Ausgaben erfordert. Auf der anderen Seite wären aber die Kosten für die jetzt vorhandenen Fabrikinspektoren in Abzug zu bringen, auch würde der Reichstag durch gut vorgearbeitete Gesetzentwürfe an Zeit und Arbeit sparen.



Auch wenn alljährlich eine Verathung von Vertretern sämtlicher Arbeitskammern von 6—8 Tagen in der Reichshauptstadt behufs genannter Begutachtung stattfände, erhöhten sich die Kosten um höchstens 30—35 000 M. Man sieht, die Geldfrage kommt, auch wenn sich die Kosten im Ganzen noch eine Million höher stellten, als angenommen, angesichts der großen Vortheile gar nicht in Betracht.

\* \* \*

Wir sind am Ende unserer Betrachtung über die Weiterbildung der Arbeiterschutzesgesetzgebung im Deutschen Reiche. Wir hoffen durch die Nebeneinanderstellung und möglichst sachliche, durch keinen Parteistandpunkt beeinträchtigte Würdigung der mannigfachen Bestrebungen in dieser Richtung dazu beigetragen zu haben, für Freunde der Arbeitersache, die ja bekanntlich nicht bloß eine augenblicklich politische, sondern eine welt- und kulturhistorische Bedeutung hat, innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches die Orientirung über den Gegenstand zu erleichtern, der Schwierigkeiten bietet — das verkennen wir nicht, — dafür aber auch die eigentliche Lebensfrage unserer modernen Industriestaaten ist. Danach muß sich das Interesse für ihn und seine Behandlung richten.





## Anhang.

Das von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichstage vorgelegte Arbeiterschutzgesetz hat folgenden Wortlaut:

### **G e s e t z , betreffend die Abänderung der Titel I, II, VII, IX, X und der Schlußbestimmungen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.**

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

#### **Artikel I.**

Dem Titel I der Gewerbeordnung wird Folgendes hinzugefügt:

§ 13a. In Straf- und Versorgungs- und Beschäftigungs-Anstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, ist gewerbliche Arbeit nur für den eigenen Bedarf, den Bedarf des Reichs, eines Staats oder der Gemeinden gestattet. Die Arbeit für Privatunternehmer oder die Herstellung gewerblicher Erzeugnisse zum Verkauf für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines Staates oder der Gemeinden ist untersagt.

#### **Artikel II.**

Der § 14 der Gewerbeordnung wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 14. Wer den selbstständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muß der für den Ort, wo solches geschieht, nach den Bundesgesetzen zuständigen Behörde Anzeige davon machen. Diese Anzeige liegt auch Demjenigen ob, welcher zum Betriebe eines Gewerbes im Umherziehen (Titel III) befugt ist.

Wer für eigene Rechnung oder für Rechnung Anderer oder im Auftrage Anderer ein Gewerbe betreiben will, hat bei Eröffnung des Gewerbebetriebes die Betriebsstätte desselben, sowie jeden späteren Wechsel der Betriebsstätte spätestens am Tage seines Eintritts der zuständigen Behörde seines Wohnorts und dem Arbeitsamt seines Bezirks (§ 133) anzugeben.



Außerdem hat, wer Versicherungen für eine Mobilien- oder Immobilien-Feuerversicherungsanstalt als Agent oder Unteragent vermitteln will, bei Uebernahme der Agentur, und Derjenige, welcher dieses Geschäft wieder aufgibt, oder welchem die Versicherungsanstalt den Auftrag wieder entzieht, innerhalb der nächsten acht Tage der zuständigen Behörde seines Wohnorts davon Anzeige zu machen.

### Artikel III.

Der Titel VII der Gewerbeordnung wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

### Titel VII.

Verhältnisse des Hilfspersonals einschließlich der Lehrlinge.  
Dauer und Regelung ihrer Beschäftigung.

§ 105. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den Unternehmern oder ihren Bevollmächtigten einerseits und ihrem gewerblichen Hilfspersonal andererseits ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft.

Das Hilfspersonal ist in der Wahl der Unternehmer unbeschränkt.

§ 106. Die Arbeitszeit für alle in gewerblichen Unternehmungen beschäftigten über 16 Jahre alten Hilfspersonen darf täglich höchstens zehn Stunden, an Sonnabenden höchstens acht Stunden, ausschließlich der Pausen währen.

Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen etc.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten. Jugendliche Hilfspersonen im Alter von 14 bis 16 Jahren dürfen täglich nicht über acht Stunden beschäftigt werden.

Kürzere Arbeitszeiten sind der freien Vereinbarung beider vertragsschließenden Theile überlassen.

§ 106 a. In der Zeit vom 1. April bis 30. September darf die Arbeitszeit für Betriebe nach § 106 Absatz 1 nicht vor Morgens 6 Uhr, vom 1. Oktober bis 31. März nicht vor Morgens 7 Uhr beginnen und muß spätestens Abends 7 Uhr beendet sein.

In der Arbeitszeit müssen Pausen von mindestens zwei Stunden eintreten. Die Arbeitsstunden sind nach der öffentlichen Uhr zu richten und sind dem Arbeitsamt des Bezirks anzuzeigen.

Das Arbeitsamt ist befugt, unter Zustimmung der Arbeitskammer (§ 134), für Betriebe, wo dies im Interesse aller Beteiligten liegt, den Beginn der Arbeitszeit während der Sommerzeit eine Stunde früher zu gestatten, in welchem Falle die Arbeitszeit eine Stunde früher zu endigen hat. Ferner kann das Arbeitsamt unter Zustimmung der Kammern die Verkürzung der Pausen bis auf eine Stunde gewähren, um einen entsprechend früheren Schluß der Arbeitszeit herbeizuführen.

Das Arbeitsamt ist ferner befugt, eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit um höchstens zwei Stunden täglich und auf höchstens drei Wochen ausnahmsweise zu gestatten, wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben.



Für Hilfspersonen, die während der Mittagspause ihre Wohnung nicht erreichen können und das Mittagessen in der Betriebsstätte einzunehmen gezwungen sind, ist der Unternehmer verpflichtet, außerhalb der Arbeitsräume und in der kalten Jahreszeit geheizte Lokalitäten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§ 107. An Sonn- und Festtagen ist die gewerbliche Arbeit verboten. Ausgenommen hiervon ist die Beschäftigung bei Verkehrs- und Transport-Anstalten, soweit sie den notwendigen Betrieb derselben betrifft, bei Gastwirtschaften aller Art, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten, sowie bei denjenigen Gewerben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern.

Verkaufsstätten aller Art dürfen an Sonn- und Festtagen höchstens 5 Stunden geöffnet und müssen spätestens Nachmittags 6 Uhr geschlossen sein. Die nähere Zeitbestimmung steht der höheren Verwaltungsbehörde zu. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen die Landesregierungen.

Das Arbeitsamt ist befugt, die Arbeit an Sonn- und Festtagen zeitweilig und ausnahmsweise zu gestatten, wenn Unglücksfälle, Naturereignisse den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben oder der Betrieb sich zur Verhütung von Unglücksfällen als unumgänglich notwendig erweist.

Die Arbeit in den für Werktage vorgeschriebenen Schranken ist ferner gestattet, wo Märkte oder Messen in Sonn- oder Festtage fallen. Das Nähere bestimmt die höhere Verwaltungsbehörde.

Hilfspersonen, die bei regelmäßigem Sonn- und Festtagsbetrieb beschäftigt sind, ist in der Woche ein Ruhetag zu gewähren.

§ 108. Die Nachtarbeit ist verboten.

Das Arbeitsamt ist befugt, unter Zustimmung der Arbeitskammern dieselbe zu gestatten:

- a. bei dem Betrieb von Verkehrs- und Transport-Anstalten;
- b. bei solchen Gewerben, die ihrer Natur nach Nachtarbeit erfordern.

Hilfspersonen, die eine volle Schicht bei regelmäßiger Nachtarbeit beschäftigt waren, dürfen in der darauf folgenden Tageschicht nicht beschäftigt werden.

Hilfspersonen, die bei regelmäßiger Nachtarbeit, aber nicht in voller Schicht beschäftigt waren, ist von dem Zeitpunkt der Beendigung der Arbeit bis zu ihrem Wiederbeginn eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren.

§ 108a. Für Arbeiterinnen jeglichen Alters und männliche Arbeiter unter sechzehn Jahren ist die regelmäßige Nachtarbeit verboten. Auch dürfen Arbeiterinnen jeglichen Alters weder auf Hochbauten noch unter Tag beschäftigt werden.

§ 108b. Das Arbeitsamt ist befugt, Nachtarbeit ausnahmsweise und bis auf die Dauer einer Woche zu gestatten:

- a. wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben;
- b. wenn Nachtarbeit sich zur Verhütung von Unglücksfällen als unumgänglich notwendig erweist.



Die Bestimmungen in § 106a in Bezug auf die Pausen gelten auch für die Nacharbeit.

§ 109. Wöchnerinnen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden und darf eine Kündigung oder Entlassung derselben aus der Arbeit während dieser Zeit nicht stattfinden.

§ 109a. Durch Beschluß des Reichsarbeitsamts (§ 132) kann die Verwendung von jugendlichen, sowie weiblichen Hilfspersonen in Betrieben, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich untersagt oder von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden.

§ 110. Ein Unternehmer, der mit Unterstützung von Hilfspersonen ein stehendes Gewerbe betreibt, ist zum Erlass einer Arbeitsordnung verpflichtet.

Die Arbeitsordnung ist, nachdem sie dem Hilfspersonal zur Meinungsäußerung vorgelegt und durch Vermittlung des Arbeitsamtes von der Arbeitskammer genehmigt worden ist, an einer dem Hilfspersonal leicht zugänglichen und in die Augen fallenden Stelle in der Betriebsstätte auszuhängen.

§ 111. Die Arbeitsordnung muß enthalten:

- 1) die Bestimmungen der §§ 105—121 dieses Gesetzes;
- 2) Bestimmungen über Anfang und Ende:
  - a. der Arbeitschichten,
  - b. der Pausen;
- 3) über die Zeit und Art der Lohnzahlung;
- 4) über die Dauer der Kündigungsfristen und die Art der Kündigung mit der Maßgabe, daß die Bedingungen für beide Theile gleich sind und daß die Kündigungsfrist in der Regel für gewerbliche Hilfspersonen 14 Tage, für kaufmännische Hilfspersonen 1 Monat beträgt;
- 5) die vom Reichsarbeitsamt in Berücksichtigung der besonderen Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte erlassenen Anordnungen;
- 6) die Adresse des Arbeitsamts und die bei demselben üblichen Geschäftsstunden.

Geldbußen wegen Nichtbeachtung der Vorschriften der Arbeitsordnung dürfen 10 pCt. des durchschnittlichen Arbeitstagverdienstes nicht überschreiten. Dieselben dürfen nur zum Nutzen der Hilfspersonen verwendet werden.

Beschwerden gegen die Arbeitsordnung oder deren Handhabung sind bei dem Arbeitsamte anzubringen und durch die Arbeitskammer zu entscheiden.

Von der Arbeitskammer nicht genehmigte Arbeitsordnungen haben für das Hilfspersonal keine verbindliche Kraft.

§ 112. Die Hilfspersonen sind verpflichtet, den Anordnungen der Unternehmer in Beziehung auf die ihnen übertragenen Berufsarbeiten Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.

§ 113. Beim Abgange können Hilfspersonen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf ihren Antrag vom



Arbeitsamt kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. Dieses Zeugniß ist auf ihr Verlangen auch auf die Führung anzuwenden.

Jede Kennzeichnung der Zeugnisse, welche bewirken soll, daß der Inhaber in seinem Fortkommen behindert werde, ist verboten.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern besteht nicht.

§ 114. Die Unternehmer sind verpflichtet, dem gewerblichen Hilfspersonal den Lohn wöchentlich, dem kaufmännischen monatlich baar in Reichswährung auszuzahlen. Als Lohnzahlung gilt für das gewerbliche Hilfspersonal der Freitag und falls dieser ein Festtag ist, der diesem vorhergehende Werktag. Das Innebehalten verdienten Lohnes ist verboten. Bei Akkordarbeit, welche bis zum Lohnzahltag nicht zum Abschluß gebracht werden kann, ist dem Arbeitenden eine Abschlagszahlung zu gewähren, welche mindestens die Höhe des für die gleiche Leistung in der Betriebsstätte geltenden Durchschnittswochenlohnes erreicht.

§ 115. Die Unternehmer dürfen ihrem Hilfspersonal keine Waaren borgen, oder ihnen Waaren an Stelle von Gehalt oder Lohn verabreichen oder verabreichen lassen.

Dagegen können dem Hilfspersonal Wohnung, Feuerungsbedarf, Landnutzung, regelmäßige Beköstigung, Arzneien und ärztliche Hilfe, sowie Werkzeuge und Stoffe zu den ihnen übertragenen Arbeiten als Gehalt oder Lohn angerechnet werden, aber nicht höher als zu den Selbstkostenpreisen.

§ 116. Hilfspersonen, deren Forderungen in einer den §§ 114 und 115 zuwiderlaufenden Weise berichtigt worden sind, können zu jeder Zeit Zahlung nach Maßgabe des § 114 verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegengesetzt werden kann. Letzteres fällt, soweit es noch bei dem Empfänger vorhanden oder dieser daraus bereichert ist, derjenigen Hilfsklasse zu, welcher die Hilfsperson angehört, in Ermangelung einer solchen Hilfsklasse einer andern zum Besten der Hilfspersonen an dem Orte bestehenden, von dem Arbeitsamt zu bestimmenden Klasse.

§ 117. Verträge, welche den §§ 114 und 115 zuwiderlaufen, sind nichtig. Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen den Unternehmern und den von ihnen beschäftigten Hilfspersonen über die Entnahme der Bedürfnisse der Letzteren aus gewissen Verkaufsstellen, sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zweck als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Hilfspersonen oder ihrer Familie.

§ 118. Forderungen für Waaren, welche dem § 115 zuwider geborgt worden sind, können von dem Gläubiger weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen den Beteiligten unmittelbar entstanden oder mittelbar erworben sind, und fallen dergleichen Forderungen der im § 116 bezeichneten Klasse zu.

§ 119. Den Unternehmern im Sinne der §§ 114 bis 118 sind gleich zu achten deren Familienglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Aufseher und Faktore, sowie andere Unternehmer, bei deren Geschäft eine der hier erwähnten Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Unter den in §§ 114 bis 118 bezeichneten Hilfspersonen werden auch



diejenigen Personen verstanden, welche für bestimmte Unternehmer außerhalb der Betriebsstätten der Kinder mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind.

§ 120. Die Unternehmer sind verpflichtet, bei der Beschäftigung von Hilfspersonen unter sechzehn Jahren die durch das Alter derselben gebotene besondere Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen.

Sie müssen ihren Hilfspersonen unter achtzehn Jahren, welche eine von der Gemeindebehörde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die erforderlichenfalls von der zuständigen Behörde festzusetzende Zeit gewähren. Für Hilfspersonen unter achtzehn Jahren kann die Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule, soweit die Verpflichtung nicht landesgesetzlich besteht, durch Ortsstatut vorgeschrieben werden. Soweit der Unterricht in die Werktage fällt, darf derselbe nicht außer der nach den §§ 106 und 106a festgesetzten Arbeitszeit stattfinden.

§ 120a. Die Unternehmer sind verpflichtet, alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Betriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendig sind und durch Verfügung des Reichsarbeitsamts oder auf Anordnung des Arbeitsamts oder des Aufsicht übernden Beamten vorgeschrieben werden.

§ 121. Streitigkeiten der Unternehmer mit ihren Hilfspersonen, die auf die abgeschlossenen Verträge, den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus demselben, auf die Ertheilung oder den Inhalt der Zeugnisse sich beziehen, werden durch die aus den Arbeitskammern zu bildenden Schiedsgerichte (§ 137) entschieden.

§ 122. Die gewerbmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist verboten.

§ 123. Ein Unternehmer, der jugendliche Hilfspersonen unter 16 Jahren beschäftigen will, hat vor dem Beginn der Beschäftigung dem Arbeitsamte eine schriftliche Anzeige zu machen.

In der Anzeige sind der Betrieb, die Wochentage, an welchen die Beschäftigung stattfinden soll, sowie die Art der Beschäftigung anzugeben. Eine Aenderung hierin darf, abgesehen von Verschiebungen, welche durch Ersetzung behinderter Arbeiter für einzelne Arbeitsschichten notwendig werden, nicht erfolgen, bevor eine entsprechende weitere Anzeige der Behörde gemacht ist.

In jedem Betriebe hat der Unternehmer dafür zu sorgen, daß in den Betriebsräumen, in welchen jugendliche Hilfspersonen beschäftigt werden, an einer in die Augen fallenden Stelle ein Verzeichniß der jugendlichen Hilfspersonen unter Angabe ihrer Arbeitstage, sowie des Beginnes und Endes ihrer Arbeitszeit und der Pausen ausgehängt ist. Ebenso hat er dafür zu sorgen, daß in den bezeichneten Räumen eine Tafel ausgehängt ist, welche in der vom Reichsarbeitsamt zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter enthält.

§ 124. Ein Unternehmer, der Lehrlinge beschäftigen will, muß mit dem Vater oder Vormund des Lehrlings einen schriftlichen Lehrvertrag abschließen.



Der Lehrvertrag ist auf Verlangen durch das zuständige Arbeitsamt stempel- und kostenfrei zu beglaubigen und muß folgende Bestimmungen enthalten:

- a. über die gewerblichen Verrichtungen, in welchen der Lehrling zu unterrichten ist;
- b. über die Dauer der Lehrzeit, sowie die etwaigen besonderen Bedingungen, unter welchen der Lehrvertrag vor Ablauf der Lehrzeit einseitig aufgehoben werden kann;
- c. über Vereinbarung einer Probezeit, innerhalb welcher beiden Theilen der Rücktritt vom Lehrvertrage freisteht;
- d. über die Höhe des Lehrgelbes, beziehentlich über die unentgeltliche Unterweisung oder den Lohn des Lehrlings.

Die Lehrzeit muß mindestens zwei Jahre währen und darf die Dauer von drei Jahren nicht überschreiten. Die Probezeit darf höchstens 6 Wochen dauern und muß in die Lehrzeit voll eingerechnet werden.

§ 125. Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling in den bei seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu unterweisen. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Er darf dem Lehrling die zu seiner Ausbildung erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht entziehen. Er hat den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten. Zu häuslichen Dienstleistungen ist der Lehrling nicht verbunden.

§ 126. Unternehmer, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, dürfen, so lange ihnen diese Rechte entzogen bleiben, weder mit der Ausbildung von Lehrlingen sich befassen, noch ist ihnen die Beschäftigung von jugendlichen Hilfspersonen unter 16 Jahren gestattet.

§ 127. Der Lehrvertrag wird durch den Tod des Lehrherrn oder Lehrlings aufgehoben. Von Seiten des Lehrlings kann das Lehrverhältniß aufgelöst werden, wenn der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Lehrling in einer die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt oder zur Erfüllung der ihm vertragsmäßig obliegenden Verpflichtungen unfähig wird.

§ 128. Wird von dem Vater oder Vormund für den Lehrling, oder, sofern der letztere großjährig ist, von ihm selbst dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgegeben, daß der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder anderen Berufe übergehen oder behufs seiner Ausbildung eine Lehranstalt besuchen werde, so gilt das Lehrverhältniß, wenn der Lehrling nicht früher entlassen wird, nach Ablauf von vier Wochen als aufgelöst.

Binnen sechs Monaten nach der Auflösung des Lehrvertrages darf der Lehrling in demselben Gewerbe von einem anderen Unternehmer ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden.

§ 129. Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling unter Angabe des Gewerbes, in welchem der Lehrling unterwiesen worden ist, über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie über sein Betragen ein Zeugniß auszustellen, welches vom Arbeitsamt kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist.



§ 130. Ausgenommen von den Bestimmungen der §§ 105 bis 129 sind die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, soweit in ihnen Maschinen und Motoren nicht zur Anwendung kommen, sowie der Betrieb der Seeschifffahrt, für welche besondere gesetzliche Regelung vorbehalten bleibt.

#### Artikel IV.

Der Titel IX der Gewerbeordnung ist aufgehoben und wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

#### Titel IX.

Reichs-Arbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte.

§ 131. Die Ueberwachung und Ausführung der in den §§ 13a und 14, und den §§ 105—130 dieses Gesetzes getroffenen Bestimmungen, sowie die Anordnung und Oberleitung von Maßregeln und Untersuchungen, welche das Wohl der in Betrieben irgend welcher Art beschäftigten Hilfspersonen einschließlicly der Lehrlinge erfordern, steht dem Reichsarbeitsamt zu. Dasselbe hat seinen Sitz in Berlin.

Die Organisation des Reichsarbeitsamtes bestimmt der Bundesrath.

§ 132. Dem Reichsarbeitsamt unterstehen die Arbeitsämter, die durch Reichsgesetz für das Gebiet des Deutschen Reichs in Bezirken von nicht unter 200 000 und nicht über 400 000 Einwohnern spätestens bis zum 1. Juli 1886 einzurichten sind.

§ 133. Das Arbeitsamt wird gebildet aus einem Arbeitsrath und den nöthigen Hilfsbeamten; es faßt seine Beschlüsse und Entscheidungen kollegiallich.

Das Reichsarbeitsamt wählt den Arbeitsrath aus zwei seitens der Arbeitskammer (§ 134) vorgeschlagenen Bewerbern. Die dem Arbeitsrathe in Ausübung seines Aufsichtsrechts zur Seite stehenden Hilfsbeamten werden von der Arbeitskammer und zwar zur Hälfte von den Unternehmern, zur Hälfte aus den Hilfspersonen gewählt. In Bezirken, wo Betriebe vorherrschen, in denen hauptsächlich weibliche Hilfspersonen beschäftigt werden, sind auch Frauen zu Hilfsbeamten zu wählen.

In Bezug auf Invaliddtät und Pensionirung unterstehen die Beamten der Arbeitsämter den für die übrigen Reichsbeamten gültigen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 133a. Die Beamten des Reichsarbeitsamtes und die Arbeitsräthe oder deren Hilfsbeamte haben das Recht, jederzeit Besichtigungen der Betriebsstätten, gleichviel ob die Unternehmungen vom Staat, von Gemeinden oder Privatunternehmern betrieben werden, vorzunehmen und die ihnen für Leben und Gesundheit der Beschäftigten nothwendig scheinenden Anordnungen zu treffen. Denselben stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zu.

Soweit diese Anordnungen in den amtlichen Befugnissen der Aufsicht üübenden Beamten liegen, haben die Unternehmer und ihr Hilfspersonal denselben unweigerlich Folge zu leisten.

Gegen die Verfügungen und Anordnungen einzelner Beamten des Arbeitsamtes steht dem Unternehmer oder seinem Vertreter binnen drei



Tagen der Beschwerdeweg an das Arbeitsamt offen; gegen die Verfügungen und Anordnungen des letzteren der Beschwerdeweg binnen drei Tagen an das Reichsarbeitsamt.

Das Arbeitsamt ist verpflichtet, sämtliche Betriebe seines Bezirks mindestens einmal jährlich zu besichtigen. Die Unternehmer müssen die amtlichen Besichtigungen zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, wo die Betriebe im Gange sind, gestatten.

Die Aufsicht üübenden Beamten sind, vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntniß gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Besichtigung unterliegenden Betriebe zu verpflichten.

§ 133b. Die Ortspolizeibehörden haben das Arbeitsamt in seiner Thätigkeit zu unterstützen und den Weisungen desselben Folge zu leisten.

§ 133c. Das Arbeitsamt organisiert innerhalb seines Bezirks den unentgeltlichen Arbeitsnachweis und bildet für diesen eine Zentralstelle. Es ist befugt, in den ihm passend erscheinenden Orten für diesen Zweck Filialen zu errichten, welche, wenn kein gewerblicher Verband sich findet, der eine solche zu übernehmen bereit ist, die Ortspolizeibehörde zu übernehmen verpflichtet ist.

§ 133d. Jedes Arbeitsamt hat alljährlich einen Bericht über seine Thätigkeit zu veröffentlichen, von dem die nöthigen Exemplare an die Mitglieder der Arbeitskammer, das Reichsarbeitsamt und die Landes-Zentral-Behörden unentgeltlich zu verabsolgen sind. Der Bericht ist vor der Veröffentlichung der Arbeitskammer zur Begutachtung zu unterbreiten.

Das Reichsarbeitsamt hat die bei ihm eingehenden Jahresberichte der Arbeitsämter alljährlich zu einem allgemeinen Bericht zusammenzustellen, der dem Bundesrathe und dem Reichstage vorzulegen ist.

Die Berichte der Arbeitsämter und des Reichsarbeitsamts sind dem Publikum zum Selbstkostenpreis zugänglich zu machen.

§ 134. Für die Vertretung der Interessen der Unternehmer und ihrer Hilfspersonen, sowie zur Unterstützung der Aufgaben der Arbeitsämter tritt vom 1. Juli 1886 ab in jedem Arbeitsamtsbezirk eine Arbeitskammer in Thätigkeit, die je nach der Zahl der im Bezirk vertretenen verschiedenen Betriebe aus mindestens 24 und aus höchstens 36 Mitgliedern zu bestehen hat. Die Zahl der Mitglieder für die einzelnen Bezirke bestimmt das Reichsarbeitsamt.

Die Mitglieder der Arbeitskammer sind zur Hälfte durch die großjährigen Unternehmer aus ihrer Mitte, zur anderen Hälfte durch die großjährigen Hilfspersonen aus deren Mitte, auf Grund des gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts mit einfacher Mehrheit zu wählen.

Jede Klasse wählt ihre Vertreter für sich.

Die Dauer des Mandats der Mitglieder der Arbeitskammern währt zwei Jahre. Die Mandatsdauer beginnt und schließt mit dem Kalenderjahr. Bei der Wahl der Mitglieder der Arbeitskammern sind gleichzeitig in Höhe der Hälfte derselben Ersatzmänner zu wählen. Ersatzmänner sind diejenigen, die nach den Gewählten die meisten Stimmen haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Der Festsetzung des Wahltages, der ein Sonn- oder Festtag sein muß,



sieht dem Reichsarbeitsamt zu. Dasselbe hat auch auf dem Verordnungswege die Normen zu bestimmen, unter welchen die Wahlhandlung vorzunehmen ist.

In den Wahlausschüssen müssen Unternehmer und Hilfspersonen gleich stark vertreten sein. Die für die Abstimmung bestimmte Zeit ist so festzusetzen, daß Tag- und Nachtschichter sich an der Wahl betheiligen können.

§ 135. Die Arbeitskammern haben nächst den ihnen in den §§ 106a, 110 und 121 zugesprochenen Funktionen in allen das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berührenden Fragen mit Rath und That die Arbeitsämter zu unterstützen. Insbesondere stehen ihnen Untersuchungen zu über die Wirkung von Handels- und Schifffahrtsverträgen, Zöllen, Steuern, Abgaben, über die Lohnhöhe, Lebensmittel- und Miethpreise, Konkurrenzverhältnisse, Fortbildungsschulen und gewerbliche Anstalten, Modell- und Musterfassungen, Wohnungszustände, Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Sie haben ferner Beschwerden über Mißstände im gewerblichen Leben zur Kenntniß der bezüglichen Behörden zu bringen, Gutachten über Maßregeln und Gesetzentwürfe abzugeben, welche das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren. Endlich sind sie Berufungsinstanz wider die Urtheile der Schiedsgerichte (§ 137).

§ 135a. Ferner haben die Arbeitskammern die Minimalhöhe der Löhne aller Hilfsarbeiter festzusetzen.

Beschwerden über die festgesetzten Minimallohne erledigt der Arbeitskammertag.

§ 136. Den Vorsitz in der Arbeitskammer führt der Arbeitsrath und im Befinderungsfalle einer seiner Hilfsbeamten. Der Vorsitzende besitzt mit Ausnahme der Fälle, in welchen die Arbeitskammer als Berufungsinstanz wider die Urtheile der Schiedsgerichte entscheidet, kein Stimmrecht. Stimmengleichheit bei der Beschlussfassung gilt als Ablehnung.

Der Vorsitzende ist verpflichtet, die Arbeitskammer monatlich mindestens einmal, unter Angabe der Tagesordnung, einzuberufen; er muß dieses außerdem thun, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Arbeitskammer dies beantragt. Die Arbeitskammern geben sich ihre Geschäftsordnung selbst, ihre Sitzungen sind öffentlich.

§ 137. Behufs Schlichtung und erstinstanzlicher Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und ihrem Hilfspersonal bildet die Kammer aus ihrer Mitte Schiedsgerichte, welche aus je zwei Unternehmern und zwei Hilfspersonen bestehen; sie bestimmt, in welcher Reihenfolge die Schiedsgerichte zu funktionieren haben, auch kann sie den Sitz der Schiedsgerichte auf verschiedene Orte des Arbeitskammerbezirks vertheilen.

Den Vorsitz im Schiedsgericht hat der Arbeitsrath oder einer seiner Hilfsbeamten. Die Geschäftsordnung für die Schiedsgerichte bestimmt die Arbeitskammer. Die Sitzungen der Schiedsgerichte sind öffentlich.

§ 137a. Der Vorsitzende beruft das Schiedsgericht und leitet die Verhandlungen desselben. Das Schiedsgericht ist befugt, Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die es für die zu ertheilende Entscheidung für nöthig erachtet.

Das Schiedsgericht ist nur beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden



eine gleiche Anzahl Unternehmer und Hilfspersonen und zwar mindestens je einer als Beisitzer mitwirken.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen nach Stimmenmehrheit. Die vorläufige Vollstreckung wird durch die Berufung (§ 138) nicht aufgehoben.

§ 137b. Versäumt der Kläger ohne genügende Entschuldigung den Verhandlungstermin, so hat er die daraus erwachsenen Kosten zu tragen, auch dem Beklagten, wenn dieser vor dem Termin nicht mehr hat benachrichtigt werden können, auf seinen Antrag eine Entschädigung für Zeitverschöpfung nach Höhe der Zeugegebühren im Zivilprozeß zu gewähren.

Bleibt der Beklagte im Termin aus und begründet Kläger seinen Anspruch in genügender Weise, so werden die von ihm behaupteten Thatsachen als zugestanden angenommen.

§ 137c. Nach Schluß der Verhandlung ist sofort das Urtheil zu fällen und den Parteien zu verkünden. Die Wirksamkeit der Urtheilserkundigung ist von der Anwesenheit der Parteien nicht abhängig und gilt auch derjenigen Partei gegenüber, die den Termin versäumt hat.

Ueber die Verhandlungen, den festgestellten Thatbestand und die Entscheidung des Schiedsgerichts ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 137d. Außer den in § 137b gedachten Fällen dürfen Kosten nur für Zeugen- und Sachverständigengebühren berechnet werden.

§ 138. Gegen die Urtheile der Schiedsgerichte steht den Parteien binnen einer Woche nach erfolgter Entscheidung die Berufung an die Arbeitskammer zu.

Die Bestimmungen der §§ 137a, mit Ausnahme der Worte „mindestens je einer“ in Absatz 2, bis 137d gelten auch für die Verhandlungen und Entscheidungen der Arbeitskammer. Die Urtheile der letzteren sind sofort vollstreckbar.

§ 139. Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Schiedsgerichte erhalten Tagegelber und Entschädigung der Reisekosten.

§ 140. Das Reichsarbeitsamt ist verpflichtet, alljährlich einmal Vertreter sämtlicher Arbeitskammern zu einer allgemeinen Berathung über die wirtschaftlichen Interessen zu berufen.

Zu dieser allgemeinen Berathung entsendet jede Arbeitskammer je einen Vertreter der Unternehmer und der Hilfspersonen. Die Wahl der Vertreter erfolgt durch jede Klasse gesondert.

Der Vorstand der Versammlung wird durch Mitglieder des Reichsarbeitsamts gebildet. Dieselben haben kein Stimmrecht. Ueber ihre Geschäftsordnung und die Tagesordnung der Sitzungen beschließt die Versammlung selbstständig; ihre Sitzungen sind öffentlich.

§ 141. Die Mitglieder des Arbeitskammertages erhalten Tagegelber und Entschädigung der Reisekosten.

§ 142. Die Unterhaltungskosten für die in den §§ 131 bis 140 genannten Einrichtungen trägt das Reich; sie sind jährlich in den Reichsetat einzustellen.

§ 143. Die Vorbereitungsarbeiten für die Bildung der Arbeitsämter, die Anordnung und Leitung der ersten Wahlen zu den Arbeitskammern vollzieht der Bundesrath.



### Artikel V.

Die §§ 97 Ziffer 4, 97a Ziffer 6, 98a Ziffer 2e, 100d, 100e sind aufgehoben.

Mit Stelle des bisherigen § 146 treten folgende Bestimmungen:

§ 146. Mit Geldstrafe bis zu *M* 2000 oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten werden bestraft:

1. Unternehmer, welche dem § 108a zuwiderhandeln;
2. Unternehmer, welche dem § 122 zuwider Kinder unter vierzehn Jahren beschäftigen;
3. Unternehmer, welche den auf Grund des § 109a getroffenen Verfügungen zuwider weiblichen oder jugendlichen Hilfspersonen Beschäftigung geben;
4. Unternehmer, welche der Bestimmung im § 113 entgegen die Eintragungen mit einem Merkmale versehen, welches den Inhaber des Zeugnisses günstig oder nachtheilig zu kennzeichnen bezweckt;
5. Unternehmer, welche bei der Zahlung des Lohns oder Gehalts oder bei dem Verkauf von Waaren an die Hilfspersonen den §§ 114 und 115 zuwiderhandeln;
6. Unternehmer, welche den nach § 120a getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten;
7. wer § 56 Ziffer 6 zuwiderhandelt.

§ 146a. Mit Geldstrafe bis zu *M* 1000 oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten werden bestraft:

1. Unternehmer, welche den §§ 106, 106a, 107, 108, 109, oder der Aufforderung der Behörde ungeachtet den Bestimmungen des § 120 zuwiderhandeln.
2. Unternehmer, welche den nach § 135a getroffenen Festsetzungen zuwiderhandeln.

Die nach §§ 146 und 146a erkannten Geldstrafen fließen der in § 116 bezeichneten Klasse zu.

Im § 147 wird Ziffer 4 aufgehoben.

Im § 149 erhält Ziffer 7 folgende Fassung:

7. wer es unterläßt, den durch die §§ 110, 111, 123, 124 für ihn begründeten Verpflichtungen nachzukommen oder den §§ 126 und 128 zuwiderhandelt und zwar für jeden Fall der Verletzung des Gesetzes.

Der § 150 wird aufgehoben.

Der § 152 erhält folgende Fassung:

§ 152. Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Unternehmer und Hilfspersonen wegen Verabredung und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Hilfspersonen sind aufgehoben.

Der § 154 wird aufgehoben.

Hinter § 153 folgt:

§ 154. Unternehmer und Hilfspersonen können zur Förderung ihrer



Interessen in Vereinigungen zusammentreten. Insoweit diese Vereinigungen den Zweck haben,

die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln,

Fachschulen und Bibliotheken zur Förderung der gewerblichen und geistigen Ausbildung ihrer Mitglieder in's Leben zu rufen,

Unterstützungsstellen für Arbeitslose und Invaliden oder Erwerbs-

Genossenschaften zum Nutzen ihrer Mitglieder zu bilden,

sind dieselben von allen die Versammlungs- und Versicherungs-Freiheit beschränkenden Gesetzesvorschriften befreit.

Auf ihren Antrag sind solchen Vereinigungen Korporationsrechte zu erteilen.

#### **Schlussbestimmung.**

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1886 in Kraft.

Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen der Reichs- und Landesgesetze sind aufgehoben.

Urkundlich zc.

Gegeben zc.





## I n h a l t.

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	3
1. Der jetzige Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung . . . . .	5
2. Inwiefern erscheint eine Weiterbildung dieser Arbeiterschutzgesetzgebung geboten? . . . . .	9
3. Die neuen gesetzgeberischen Vorschläge . . . . .	24
4. Die Stellung der öffentlichen Meinung, der Parteien und der Regierung zu den neuen Gesetzesvorschlägen . . . . .	31
5. Schlußwort . . . . .	49
Anhang: Gesetz, betreffend die Abänderung der Titel I, II, VII, IX, X und Schlußbestimmungen der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich . . . . .	76





Hybern.

Index

1. *[Faint, illegible text]*  
2. *[Faint, illegible text]*  
3. *[Faint, illegible text]*  
4. *[Faint, illegible text]*  
5. *[Faint, illegible text]*  
6. *[Faint, illegible text]*  
7. *[Faint, illegible text]*  
8. *[Faint, illegible text]*  
9. *[Faint, illegible text]*  
10. *[Faint, illegible text]*  
11. *[Faint, illegible text]*  
12. *[Faint, illegible text]*  
13. *[Faint, illegible text]*  
14. *[Faint, illegible text]*  
15. *[Faint, illegible text]*  
16. *[Faint, illegible text]*  
17. *[Faint, illegible text]*  
18. *[Faint, illegible text]*  
19. *[Faint, illegible text]*  
20. *[Faint, illegible text]*  
21. *[Faint, illegible text]*  
22. *[Faint, illegible text]*  
23. *[Faint, illegible text]*  
24. *[Faint, illegible text]*  
25. *[Faint, illegible text]*  
26. *[Faint, illegible text]*  
27. *[Faint, illegible text]*  
28. *[Faint, illegible text]*  
29. *[Faint, illegible text]*  
30. *[Faint, illegible text]*  
31. *[Faint, illegible text]*  
32. *[Faint, illegible text]*  
33. *[Faint, illegible text]*  
34. *[Faint, illegible text]*  
35. *[Faint, illegible text]*  
36. *[Faint, illegible text]*  
37. *[Faint, illegible text]*  
38. *[Faint, illegible text]*  
39. *[Faint, illegible text]*  
40. *[Faint, illegible text]*  
41. *[Faint, illegible text]*  
42. *[Faint, illegible text]*  
43. *[Faint, illegible text]*  
44. *[Faint, illegible text]*  
45. *[Faint, illegible text]*  
46. *[Faint, illegible text]*  
47. *[Faint, illegible text]*  
48. *[Faint, illegible text]*  
49. *[Faint, illegible text]*  
50. *[Faint, illegible text]*  
51. *[Faint, illegible text]*  
52. *[Faint, illegible text]*  
53. *[Faint, illegible text]*  
54. *[Faint, illegible text]*  
55. *[Faint, illegible text]*  
56. *[Faint, illegible text]*  
57. *[Faint, illegible text]*  
58. *[Faint, illegible text]*  
59. *[Faint, illegible text]*  
60. *[Faint, illegible text]*  
61. *[Faint, illegible text]*  
62. *[Faint, illegible text]*  
63. *[Faint, illegible text]*  
64. *[Faint, illegible text]*  
65. *[Faint, illegible text]*  
66. *[Faint, illegible text]*  
67. *[Faint, illegible text]*  
68. *[Faint, illegible text]*  
69. *[Faint, illegible text]*  
70. *[Faint, illegible text]*  
71. *[Faint, illegible text]*  
72. *[Faint, illegible text]*  
73. *[Faint, illegible text]*  
74. *[Faint, illegible text]*  
75. *[Faint, illegible text]*  
76. *[Faint, illegible text]*  
77. *[Faint, illegible text]*  
78. *[Faint, illegible text]*  
79. *[Faint, illegible text]*  
80. *[Faint, illegible text]*  
81. *[Faint, illegible text]*  
82. *[Faint, illegible text]*  
83. *[Faint, illegible text]*  
84. *[Faint, illegible text]*  
85. *[Faint, illegible text]*  
86. *[Faint, illegible text]*  
87. *[Faint, illegible text]*  
88. *[Faint, illegible text]*  
89. *[Faint, illegible text]*  
90. *[Faint, illegible text]*  
91. *[Faint, illegible text]*  
92. *[Faint, illegible text]*  
93. *[Faint, illegible text]*  
94. *[Faint, illegible text]*  
95. *[Faint, illegible text]*  
96. *[Faint, illegible text]*  
97. *[Faint, illegible text]*  
98. *[Faint, illegible text]*  
99. *[Faint, illegible text]*  
100. *[Faint, illegible text]*

22



